

## CHINA RÜSTET AUF

# EU-Waffenembargo muss Taiwan weiter schützen



**Menschenrechtsreport Nr. 46  
der Gesellschaft für bedrohte Völker - April 2007**

**Gesellschaft für bedrohte Völker**

Menschenrechtsorganisation mit beratendem Status beim Wirtschafts- und Sozialrat  
der VEREINTEN NATIONEN und mitwirkendem Status beim EUROPARAT

Arbil - Bern - Bozen - Göttingen/Berlin - Groningen - Luxemburg - New York -  
Pristina - Sarajevo/Srebrenica - Temuco - Wien

# Gesellschaft für bedrohte Völker

Postfach 2024  
D-37010 Göttingen  
Telefon ++49 (0)551 49906-0  
Fax ++49 (0)551 58028  
info@gfbv.de  
www.gfbv.de



**Spendenkonto: 1909 - Sparkasse Göttingen - BLZ 260 500 01**

## Impressum:

Text: Ulrich Delius

Redaktion: Yvonne Bangert, Inse Geismar

Satz und Layout: Eva Söhngen

Preis: 3,50 Euro

Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im April 2007

## INHALT

# CHINA RÜSTET AUF: EU-Waffenembargo muss Taiwan weiter schützen

Menschenrechtsreport Nr. 46 der Gesellschaft für bedrohte Völker

Zusammenfassung	5
Empfehlungen der Gesellschaft für bedrohte Völker	6
China erhöht massiv seine Verteidigungsausgaben	6
China täuscht mit falschen Zahlen	8
Anti-Satellitentest schürt Ängste in den Nachbarstaaten	8
Chinas Streitkräfte werden modernisiert und immer schlagkräftiger	11
Pekings Demonstration der Stärke in der Taiwan-Straße	12
Szenarien für eine Bedrohung Taiwans	12
Chinas Modernisierungs-Pläne für seine Streitkräfte im Jahr 2007	14
Indien fühlt sich von der Volksrepublik bedroht	15
Japan baut Verteidigungsstreitmacht aus	16
Neue Waffen für Taiwan	17
Guam – Amerikas neuer Vorposten gegenüber China	18
Russland modernisiert Streitkräfte	18
Europas Waffenembargo gegen China muss bleiben	18
Waffenembargo wird unterschiedlich gehandhabt	19
Europäischer Verhaltenskodex in der Kritik	20
Waffenexport-Bestimmungen werden überarbeitet	22
Regierungswechsel in Deutschland schwächt Befürworter einer schnellen Aufhebung des Embargos	23

## INHALT (FORTSETZUNG)

EU verständigt sich nicht auf Beendigung der Sanktionen	24
China ist ein bedeutender Rüstungsexportmarkt	26
Europäisches Parlament verlangt Aufrechterhaltung des Embargos	27
Europa spricht nicht mit einer Stimme	28
Ausland appelliert für Aufrechterhaltung des Embargos	28
Lage der Menschenrechte noch immer katastrophal	29
Kein Fortschritt in der Tibet-Frage	30
Uiguren leiden unter willkürlicher Verfolgung	30
Werden Arbeitslager reformiert?	31
Todesstrafe soll eingeschränkt werden	32
Religiöse Unterdrückung dauert an	32
Tiananmen-Massaker bleibt tabu	33
Keine Rechte für Chinas Bürger	34
Demokratie in China und Taiwan – Europa misst mit zweierlei Maß	34
Taiwan als Partner Europas	34
EU schöpft Spielraum in der Taiwan-Frage nicht aus	36

## Zusammenfassung

In dem Report wird ausführlich die militärische Aufrüstung der Volksrepublik China dokumentiert, die das militärische Gleichgewicht in Ostasien empfindlich stört. Im März 2007 hatte die chinesische Führung eine Steigerung des Verteidigungsbudgets im laufenden Jahr um 17,8 Prozent angekündigt. Doch die realen Militärausgaben Chinas sind deutlich höher und lassen die Volksrepublik bei einem Vergleich der Rüstungsausgaben an die zweite Stelle hinter den USA rücken. Ängste in den Nachbarländern und in den USA schürte insbesondere ein chinesischer Anti-Satellitentest im Januar 2007, der auch die Verwundbarkeit des US-amerikanischen „Schutzschildes“ über Taiwan nachdrücklich aufzeigte. Aber auch der Ausbau der chinesischen Marine und Luftwaffe sowie die Stationierung von immer mehr Raketen und Landtruppen in der Umgebung der Taiwan-Strasse erregten Besorgnis.

Detailliert werden in dem Bericht die Reaktionen der Nachbarländer auf das militärische Erstarken Chinas beschrieben und die Hintergründe ihrer zum Teil gespannten Beziehungen mit der Volksrepublik aufgezeigt. Insbesondere in Taiwan, Japan, Indien, Südkorea und Russland sind die Ängste vor einem militärisch „starken“ China groß, so dass in Ostasien ein Rüstungswettlauf entsteht, der neue Gefahren in sich birgt.

Durch Chinas Aufrüstung wird besonders Taiwan bedroht. Die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung in der Taiwan-Strasse hat in den letzten Monaten deutlich zugenommen, wird in dem Report festgestellt. Taiwan ist zwar einer der wichtigsten Handelspartner Europas in Asien, doch wird es von der EU nicht als souveräner Staat anerkannt. Die EU orientiert sich an der von Peking betriebenen „Ein-China Politik“, die Taiwan als integralen Bestandteil des chinesischen Staatsterritoriums betrachtet. In dem Report wird kritisiert, dass die EU in ihrer Taiwan-Politik den Spielraum, den ihr die Leitlinie der „Ein-China Politik“ lässt, nicht voll ausschöpft. Insbesondere wird die diskriminierende Visa-Politik der EU gegenüber den fünf führenden politischen Repräsentanten Taiwans kritisiert, denen systematisch die Einreise in die EU verweigert wird. Diese diskriminierende Politik verstößt nicht nur gegen demokratische Prinzipien der EU-Staaten, sondern fördert auch die politische Isolation Taiwans, die die Demokratisierung der Inselrepublik gefährdet.

Angesichts einer drohenden militärischen Eskalation ist es unverantwortlich, dass in der EU noch immer an einer Aufhebung des 1989 nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens verhängten Waffenembargos gegen China gearbeitet wird, heißt es in dem Bericht. Vor allem Frankreich engagiert sich für ein Ende der Sanktionen. Noch im März 2007 hatte sich die französische Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie bei einem Besuch in Peking für ein Ende des Embargos ausgesprochen. Frankreich blockiert die Verabschiedung eines überarbeiteten EU-Verhaltenskodexes für Waffenexporte, so lange die EU sich nicht zur Aufhebung des China-Embargos bereit erklärt. Die deutsche Bundesregierung, die unter Bundeskanzler Gerhard Schröder zu den entschiedenen Befürwortern einer schnellen Aufhebung des Embargos zählte, macht nun ein Ende der Sanktionen von einer Verbesserung der Menschenrechtslage abhängig.

Zwar kündigt China Reformen im Menschenrechtsbereich an, doch die bislang ergriffenen Schritte, um den Missbrauch der Todesstrafe einzudämmen und die Arbeitslager zu „reformieren“, sind absolut unzureichend, um die Lage der Menschenrechte spürbar zu verbessern. Die Unterdrückung der Pressefreiheit und Meinungsfreiheit im Internet wird sogar noch weiter ausgebaut, wie in dem Report ausführlich dargelegt wird. In Tibet und Xinjiang (Ostturkistan) hält die Repression gegen Tibeter und Uiguren weiter an. Buddhisten, Muslime, Angehörige offiziell nicht anerkannter protestantischer Hauskirchen, katholische Christen und Falun Gong-Praktizierende werden immer wieder an der Ausübung ihres Glaubens gehindert. Mehr als 3000 Falun Gong-Anhänger kamen

seit Beginn der Repression gegen die Glaubensgemeinschaft im Juli 1999 gewaltsam im Gewahrsam der Sicherheitskräfte zu Tode.

Hunderte Bürgerinnen und Bürger, die ihre gesetzlich garantierten Rechte wahrnahmen und sich mit Petitionen an Politiker wandten, wurden seit Herbst 2006 verhaftet oder in Arbeitslager eingewiesen. Diese jüngsten Übergriffe zeigen, wie verbreitet noch immer staatliche Willkür ist, und dass es keine Rechtssicherheit in der Volksrepublik gibt. Auch in der Frage der Bewertung des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens zeigt die chinesische Führung keinen politischen Willen, die Opfer zu rehabilitieren und ihre Angehörigen nicht länger zu bedrängen. Aus menschenrechtlicher Sicht spricht daher ebenfalls nichts für eine schnelle Aufhebung des EU-Waffenembargos.

## Empfehlungen der Gesellschaft für bedrohte Völker

- Die EU sollte das Waffenembargo gegen die Volksrepublik China aufrechterhalten, da sich die Menschenrechtslage in China nicht spürbar gebessert hat. Entscheidend für eine Aufhebung der Sanktionen darf nicht die Freilassung der letzten Verhafteten sein, die aufgrund des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens festgenommen wurden. Solange die chinesische Führung nicht bereit ist, das Unrecht aufzuarbeiten, die Verantwortlichen vor Gericht zur Rechenschaft zu ziehen, die Ermordeten zu rehabilitieren und ihre Angehörigen nicht länger zu bedrängen, muss das Embargo bleiben.
- Eine Beendigung des Embargos muss auch von der Sicherheitslage in Ostasien abhängig gemacht werden. Sollte China weiter systematisch seine Hochrüstung vorantreiben und sollten die Spannungen insbesondere in der Taiwan-Strasse zunehmen, wäre eine Aufhebung der Sanktionen unververtretbar. Denn es wäre das falsche Signal an die chinesische Führung und würde die Kriegsgefahr erhöhen. Auch würde ein solcher Beschluss die transatlantischen Beziehungen belasten, da die USA als Taiwans „Schutzmacht“ im Falle einer militärischen Auseinandersetzung intervenieren müssten.
- In der Taiwan-Frage sollte die EU die Insel nicht nur als Wirtschaftsmacht betrachten, sondern ihren Spielraum im Rahmen der „Ein-China Politik“ voll ausschöpfen und politische Beziehungen zu Taiwan ausbauen. Denn eine weitere politische Isolation würde die Demokratisierung Taiwans gefährden und wäre auch vor dem Hintergrund der angestrebten Demokratisierung Chinas nicht wünschenswert. Insbesondere sollte die EU ihre diskriminierende Visa-Politik gegenüber den bedeutendsten Repräsentanten Taiwans aufgeben.

## China erhöht massiv seine Verteidigungsausgaben

Die Volksrepublik China hat im März 2007 eine drastische Erhöhung ihres Verteidigungsbudgets angekündigt. Auf der alljährlichen Sitzung des Nationalen Volkskongresses hat die chinesische Regierung eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben für das laufende Jahr um 17,8 Prozent auf 44,94 Milliarden US-Dollar in Aussicht gestellt. Im offiziellen Staatshaushalt bedeutet dies gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 6,84 Milliarden US-Dollar. Dies war die größte Erhöhung des offiziell veröffentlichten Verteidigungsbudgets, seit im Jahr 2002 eine Steigerung um 19,4 registriert wurde. Seit 1990 ist der Verteidigungshaushalt Chinas durchschnittlich jedes Jahr um rund 15 Prozent gewachsen. Seit dem Jahr 1999 hätten sich die Verteidigungsausgaben Pekings insgesamt verdreifacht, stellt Thomas Christensen fest, stellvertretender Minister für Ostasiatische und Pazifische Angelegenheiten im US-Außenministerium (Washington Times, 29.3.2007). Im Jahr 2006 waren die Verteidigungsausgaben offiziellen chinesischen Informationen zufolge um 14,7 Prozent gestiegen, im Jahr 2005 hatten sie um 12,6 Prozent zugenommen (AFP, 4.3.2007).

„Der Aufbau eines soliden nationalen Verteidigungssystems ist eine strategische Aufgabe in der sozialistischen Modernisierung“, erklärte Chinas Premierminister Wen Jiabao zur Rechtfertigung der Erhöhung des Militärbudgets (AFP, 5.3.2007). „Die Welt braucht Chinas wachsende militärische Bedeutung nicht zu fürchten“, versicherte er, nachdem in verschiedenen Staaten Besorgnis über die drastische Erhöhung des Verteidigungsbudgets geäußert worden war (AP, 16.3.2007). Jiabao wies darauf hin, dass der Verteidigungshaushalt seines Landes geringer sei als derjenige anderer Weltmächte. „Die begrenzten bewaffneten Kräfte Chinas haben ausschließlich den Auftrag, die Sicherheit, Unabhängigkeit und Souveränität des Landes zu garantieren“, bekräftigte der Premierminister (AFP, 16.3.2007).

Auch Chinas Regierungssprecher Jiang Enzhu versicherte, dass sein Land nicht an einem Rüstungswettlauf interessiert sei und dass Chinas Militärausgaben „moderat“ seien (China Daily, 5.3.2007). Zugleich bekräftigte er jedoch die Entschiedenheit seiner Regierung, eine Unabhängigkeit Taiwans mit allen Mitteln verhindern zu wollen (International Herald Tribune, 4.3.2007). Dabei schloss er den Einsatz von Waffengewalt nicht aus. Die chinesische Volksbefreiungsarmee werde bei einer Unabhängigkeitserklärung Taiwans militärisch intervenieren, drohte der chinesische General Guo Boxiang (Associated Press, 6.3.2007). Der General ist nach Staatspräsident Hu Jintao der ranghöchste Vertreter der Zentralen Militärischen Kommission der Kommunistischen Partei Chinas.

Trotz der beschwichtigenden Erklärungen chinesischer Politiker ist die Unruhe unter den Pazifik-Anrainerstaaten über die wachsenden militärischen Ambitionen der Volksrepublik groß. Der US-Präsident ließ erklären, dass die USA und Chinas Nachbarstaaten über den Anstieg der Rüstungsausgaben besorgt seien, und dass diese Entwicklung „unvereinbar“ sei mit Chinas Streben nach Frieden in der Region (AFP, 5.3.2007). In den USA wird der Ruf lauter nach einer Verstärkung der US-Militärpräsenz in Ostasien (Washington Times, 11.4.2007). „Die USA sollten ihre Sicherheitskräfte in Ostasien aufrechterhalten und gezielt deren Präsenz ausbauen, um angesichts der wachsenden Bedeutung der Region für die amerikanische Wirtschaft Amerikas Handlungsfähigkeit sicherzustellen und um seine vitalen nationalen Interessen zu schützen“, heißt es in einer im April 2007 veröffentlichten Studie des einflussreichen Rates für Auswärtige Angelegenheiten in den USA. In dem unter Vorsitz ehemaliger US-Verteidigungsminister und führender US-Offiziere erstellten Report wird unter anderem eine Verlagerung von Streitkräften aus dem Atlantischen Raum in den Pazifik angeregt, um den veränderten militärischen Verhältnissen Rechnung zu tragen. US-Verteidigungsminister Robert Gates appellierte an China, die Ziele der gezielten Rüstungsanstrengungen offen zu legen (Indo-Asian News Service, 9.3.2007).

Der künftige Oberkommandierende der US-Streitkräfte im Pazifik, Admiral Timothy Keating, erklärte vor dem US-Senat, die USA müssten angesichts der Steigerung der chinesischen Rüstungsausgaben ein wachsames Auge auf Taiwan richten. „Hinsichtlich der Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und der Regierung Taiwans möchten wir hervorheben, dass China sehr vorsichtig bei der Entwicklung von offensiven Waffen sein sollte“, sagte der Admiral (UPI, 10.3.2007). Noch deutlicher äußerte sich der ehemalige Admiral und heutige Direktor des US-Nachrichtendienstes, Michael McConnell, vor einem Senatsausschuss: „Sie (Anm. d. Übersetzers: die chinesischen Streitkräfte) sind eine Bedrohung schon heute und werden in der Zukunft eine noch größere Bedrohung werden“ (AFP, 27.2.2007).

Auch in Indien äußern sich Militärs und Regierung besorgt über die wachsende militärische Schlagkraft Chinas. So verstärkt Indien seine militärische Zusammenarbeit mit den USA, Japan und Australien. Bei einer Konferenz von indischen und US-amerikanischen Verteidigungsexperten zeigten sich indische Militärs im April 2007 besorgt über die zunehmende Präsenz der chinesischen Marine in Myanmar/Burma, Bangladesch sowie auf den Malediven, Mauritius, den Seychellen und auf Madagaskar (The Times of India, 10.4.2007).

Noch kritischere Reaktionen kamen aus Japan. Chinas Rüstungsausgaben würden „anormal“ stark zunehmen und Japan bedrohen, erklärte der politische Sprecher der Liberaldemokratischen Regierungspartei, Shoichi Nakagawa (Bloomberg, 7.3.2007). „Es ist eine unmittelbare militärische Bedrohung“, sagte der einflussreiche Parteipolitiker.

Auch in Taiwan reagierte die Regierung alarmiert. Der stellvertretende Vorsitzende des für die Beziehungen mit der Volksrepublik verantwortlichen Rates für Angelegenheiten des Festlands (Mainland Affairs Council, MAC), Liu Teh-hsun, warnte angesichts von 17,8 Prozent Steigerung der chinesischen Militärausgaben: „Diese Zahl macht die zunehmende Gefahr deutlich, die China für Taiwan darstellt“ (Taipei Times, 5.3.2007). Doch Chinas Rüstungsanstrengungen gefährdeten nicht nur Taiwan, sondern den Frieden in der gesamten Region, erklärte Liu. Taiwans neuer Repräsentant in den USA, Joseph Wu, warnte vor der militärischen Expansion Chinas: „Dies ist eine Gefahr für Taiwan, die ständig größer und größer wird“ (Reuters, 19.3.2007).

## China täuscht mit falschen Zahlen

Die Ängste in Ostasien vor einer Gefährdung der Sicherheit und Stabilität sind umso größer, weil Verteidigungsexperten sich darin einig sind, dass die tatsächlichen Militärausgaben Chinas die offiziell veröffentlichten Zahlen um ein Vielfaches übertreffen. Anhand der chinesischen Militärausgaben im Jahr 2004 rechnete das angesehen Internationale Institut für Strategische Studien (IISS) in London kürzlich vor, dass China nicht wie offiziell angegeben 26,5 Milliarden US-Dollar als Verteidigungsausgaben aufwandte, sondern 87,5 Milliarden US-Dollar (Kyodo News, 31.1.2007). So wurden bei der offiziellen Kalkulation Waffenkäufe im Ausland sowie Erlöse aus Rüstungsexporten nicht berücksichtigt. Ebenso verhielt es sich bei den finanziellen Aufwendungen für die Bereitschaftspolizei, für Forschung und Entwicklung sowie den Subventionen für die Rüstungsindustrie. Angesichts dieser kritischen Analyse sind Rüstungsexperten davon überzeugt, dass sich die realen Verteidigungsausgaben Chinas im Jahr 2007 auf 90 bis 105 Milliarden US-Dollar belaufen werden – statt der offiziell verkündeten 44,94 Milliarden US-Dollar. Damit würde nur in den USA weltweit mehr für die Verteidigung ausgegeben als in China.

Militärexperten warnen vor den fatalen Folgen der chinesischen Desinformationspolitik. Denn Chinas offensichtlich falsches Spiel mit den Zahlen schürt die Ängste der Nachbarstaaten, die sich über die Absichten der Volksrepublik zunehmend unsicher sind immer weiter (South China Morning Post, 7.3.2007). So rufen immer mehr ausländische Politiker zu mehr Transparenz bei Chinas Verteidigungsausgaben auf. Nicht nur US-Verteidigungsminister Robert Gates appellierte in diesem Sinne an Peking. Auch Frankreichs Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie, die ansonsten Chinas Militärinteressen aktiv in der Europäischen Union vertritt, rief Chinas Führung bei ihrem letzten Staatsbesuch in Peking im März 2007 dazu auf, die realen Verteidigungsausgaben offen zu legen (AFP, 19.3.2007).

## Anti-Satellitentest schürt Ängste in den Nachbarstaaten

Die massive Steigerung der Verteidigungsausgaben hätte nicht so viel Besorgnis im Ausland ausgelöst, wenn nicht China wenige Wochen zuvor mit einem spektakulären Abschuss eines Satelliten im Weltraum weltweit für Aufregung gesorgt hätte. Am 11. Januar 2007 hatte China von einer Basis in Xichang im Südwesten des Landes eine Rakete abgeschossen, die in rund 850 Kilometer Höhe einen ausgedienten chinesischen Wettersatelliten im

Weltraum abschoss. Nach drei gescheiterten Versuchen gelang der Volksrepublik mit dem Abschuss der erfolgreiche Einsatz einer Anti-Satelliten-Waffe (ASAT). Bislang hatten nur die USA und die Sowjetunion in den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts mit Erfolg entsprechende Waffensysteme eingesetzt.

Für noch mehr Irritation sorgte im Ausland die zögerliche Informationspolitik Pekings. Noch Tage nach dem offiziell nicht angekündigten Test hüllte sich die chinesische Regierung in Schweigen, obwohl sie von allen Seiten bedrängt wurde, sich zu den Hintergründen des Waffentests zu äußern. Südkorea, Japan, Australien, Großbritannien, Indien, Kanada und die USA äußerten ihre Besorgnis über den Test mit Weltraumwaffen (Libération, 20.1.2007). „Die USA sind davon überzeugt, dass Chinas Entwicklung und Erprobung solcher Waffensysteme nicht vereinbar ist mit dem Geist der Zusammenarbeit, den beide Staaten bei der zivilen Nutzung des Weltraums teilen“, erklärte Gordon Johndroe, Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates der USA (Washington Post, 19.3.2007).

So beklagten viele Staaten Gefahren für die Sicherheit ihrer Satelliten durch die nach Einschätzung von Experten mindestens 1.500 nun im Weltraum umher fliegende Trümmer des zerstörten Wettersatelliten (Washington Post, 19.3.2007). Vor dem Waffentest waren im Januar 2007 von Wissenschaftlern 14.406 von Menschenhand gemachte fliegende Objekte im Weltraum registriert worden (Reuters, 10.4.2007). Damit hat aufgrund des chinesischen Waffentests die Zahl der im Weltraum herumfliegenden Trümmer, die die Sicherheit der dreihundert im Weltall zirkulierenden Satelliten gefährden, um mindestens zehn Prozent zugenommen. Die Satelliten sind nicht nur für die weltweite Kommunikation, die Weltwirtschaft sowie für Militärs von unschätzbare Bedeutung, sondern stellen mit mehr als einhundert Milliarden US-Dollar Wert auch eine enorme Investition dar, deren Sicherheit nun durch die Trümmer gefährdet ist. So wunderte es nicht, dass Chinas Militärs aus dem Ausland unverantwortliches Handeln vorgeworfen wurde (Defense News, 5.2.2007). Als die USA zuletzt im Jahr 1985 einen Anti-Satellitentest durchführten, waren 300 Trümmerteile freigesetzt worden. Sie benötigten 17 Jahre, um in der Atmosphäre zu verglühen. Doch diese Umweltprobleme und Gefahren für bestehende Satelliten im Weltraum waren für die meisten Staaten nicht der entscheidende Grund für ihren Protest.

Es ist die Sorge vor einem neuen Rüstungswettlauf im Weltall, die viele Regierungen hochschrecken ließ (BBC, 19.1.2007). Rüstungsexperten spekulieren seither über Chinas Beweggründe für diesen umstrittenen Waffentest. So wird vermutet, dass China mit dem allseits überraschenden Militärexperiment die USA zu Verhandlungen über ein umfassendes Verbot aller Weltraumwaffen zwingen will (China's Anti-Satellite Test, US Council on Foreign Relations, 22.2.2007). Doch gegen ein gezieltes politisches Vorgehen Pekings spricht die Tatsache, dass das chinesische Außenministerium über den Waffentest offensichtlich nicht informiert war und sich fast zwei Wochen lang in Schweigen hüllte. Hätte Pekings Führung klare politische Ziele mit dem Anti-Satellitentest verfolgt, so hätte sich das chinesische Außenministerium viel früher gegenüber der Weltpresse geäußert. Auch unterschätzte Peking die massiven außenpolitischen Folgen des Waffenexperiments. So deutet vieles darauf hin, dass die chinesische Volksbefreiungsarmee ohne weitere Abstimmung mit dem Außenministerium die Erprobung von Weltraumwaffen vorantrieb und mit diesem Test auch Teile der chinesischen Staatsführung überraschte. Dies weckt weitere Ängste in Ostasien vor einer Gefährdung der Sicherheit und Stabilität, da ein unkontrolliertes Vorgehen chinesischer Sicherheitskräfte bei Auseinandersetzungen mit Nachbarstaaten große Gefahren einer Eskalation der Gewalt in sich birgt.

China hatte in der Vergangenheit immer vor einer militärischen Nutzung des Weltraumes gewarnt. Dass sich in Peking ein Meinungswechsel abzeichnete wurde bei der Veröffentlichung des alle zwei Jahre publizierten Chinesischen Weißbuches Verteidigungspolitik im Dezember 2006 deutlich. Während in den Weißbüchern

2002 und 2004 noch die Sicherung der friedlichen Nutzung des Weltraumes besonders hervorgehoben wurde, betonte China in der Ausgabe 2006 nicht mehr seinen Widerstand gegen eine militärische Nutzung des Weltalls.

In den USA löste der Waffentest besondere Besorgnis aus, da die US-Verteidigungspolitik der militärischen Nutzung des Weltraums besondere Bedeutung beimisst. Die US-Politik zielt nicht nur auf die Entwicklung von Waffensystemen im Weltall hin, sondern nutzt schon heute Kommunikationssysteme im Weltraum für die Satelliten-Überwachung sowie für zahlreiche Hightech-Waffen. Der chinesische Anti-Satellitentest hat den USA, die sich als einzige verbliebene militärische Großmacht in der Welt begriff, schmerzlich deutlich gemacht, wie verwundbar sie schon heute ist. „Der Waffentest ist ein deutliches Beispiel für Chinas gewachsene militärische Möglichkeiten und wird die strategische Lage der US-Streitkräfte in den kommenden Jahrzehnten erschweren“, heißt es in einer jüngst veröffentlichten US-Studie zu den amerikanisch-chinesischen Beziehungen (U.S.-China Relations, An Affirmative Agenda, A Responsible Course, April 2007, S. 44, US-Council on Foreign Relations). Der Vorsitzende des Rates der Oberkommandierenden der US-Streitkräfte, General Peter Pace, bezeichnete den chinesischen Waffentest als „irritierend“, da er eine unklare Botschaft aussende (Reuters, 23.3.2007). Der Waffentest sei ein „Weckruf“, der die Verwundbarkeit der US-Verteidigung und Kommunikationswege deutlich mache, erklärte der einflussreiche Republikanische US-Senator Jon Kyl (BBC, 15.2.2007). Chinas Satelliten-Abschuss bedrohe die für die nationale Sicherheit der USA erforderlichen Satelliten, warnte der Oberkommandeur der US-Luftwaffe, General Michael Moseley (Reuters, 11.4.2007). Die US-Reaktion war umso schärfer, weil es nicht der erste Zwischenfall mit China bei der Nutzung von Satelliten war. Im Oktober 2006 hatten chinesische Militärs mit einem Laserstrahl einen US-Satelliten ins Visier genommen, um zu testen, ob sie amerikanische Militäroperationen mit der zeitweiligen „Bindung“ von Satelliten wirksam unterbrechen könnten (China's Anti-Satellite Test, 22.2.2007, US-Council on Foreign Relations).

Der Test zeigte auch die militärische Verwundbarkeit der US-Streitkräfte bei einem Eingreifen zum Schutz von Taiwan. Als Ausgleich für die Aufkündigung der diplomatischen Beziehungen mit Taipeh im Dezember 1978 hatte sich die USA in dem im Frühjahr 1979 im US-Kongress verabschiedeten Taiwan Relations Act (TRA) verpflichtet, jede Bedrohung der Sicherheit Taiwans auch als Bedrohung der eigenen Interessen im Westpazifik anzusehen und Taiwan bei militärischer Bedrohung zur Hilfe zu kommen. Jeder militärische Einsatz der USA zum Schutz Taiwans würde entscheidend vom Einsatz Satelliten gestützter Waffensysteme abhängen, die wie der Waffentest zeigte, von China zerstört und funktionsunfähig gemacht werden können. So unterstrich dieser Test nicht nur die Bedrohung Taiwans durch die wachsende militärische Schlagkraft Chinas, sondern auch die mangelnde Verlässlichkeit der amerikanischen Sicherheitsgarantien für Taiwan (Los Angeles Times, 10.4.2007). Denn wenn die meisten US-Waffensysteme aufgrund ihrer Verwundbarkeit gar nicht in einem Verteidigungsfall in Taiwan wirksam zum Einsatz kommen können, stellt sich das Kräfteverhältnis zwischen Taiwans Verbündetem und der Volksrepublik China schon heute für Taiwan sehr viel ungünstiger dar. Chinas Streitkräfte nämlich sind nicht so entscheidend wie die US-Armee auf den Einsatz von Satelliten angewiesen.

„Dies ist ein aggressiver Akt der chinesischen Seite“, erklärte der Vorsitzende des Taiwanesischen Rates für Festland-Angelegenheiten und zukünftigen taiwanesischen Botschafters in den USA, Joseph Wu (BBC, 23.1.2007). „Ich glaube nicht, dass es nur Taiwan betrifft, aber natürlich... wäre Taiwan das erste Land, das von einem zukünftigen Konflikt zwischen China und anderen Ländern betroffen wäre“, fügte Wu hinzu.

Auch die Regierung Japans zeigte sich sehr besorgt über den chinesischen Anti-Satellitentest. Premierminister Shinzo Abe warf Peking vor, mit dem Test den 1967 von den Vereinten Nationen verabschiedeten Weltraumvertrag zu verletzen, der im Jahr 1983 von der Volksrepublik China ratifiziert worden war. Der von 98 Staaten

unterzeichnete Vertrag verbietet die Stationierung oder den Gebrauch von Massenvernichtungswaffen im Weltall. Das Abkommen untersagt auch die Verschmutzung des Weltraums und macht Staaten für den Ersatz der Schäden haftbar, die durch Weltraumraketen und Satelliten verursacht werden. Japan wäre von einem militärischen Konflikt zwischen den USA und China um Taiwan voraussichtlich unmittelbar betroffen, da die USA auch in Japan stationierte Streitkräfte einsetzen würden. Auch verstärkten die USA und Japan jüngst ihre Verteidigungskooperation, die maßgeblich auf dem Einsatz von Satelliten zur Kommunikation und von Satelliten gestützten Waffensystemen aufbaut. So konnte nicht verwundern, dass der Anti-Satellitentest in Japan besonders aufmerksam verfolgt wurde.

Indien, das Chinas Rüstungsbemühungen seit Jahren argwöhnisch verfolgt, kündigte unmittelbar nach dem Waffenversuch die Einrichtung eines Weltraumkommandos seiner Luftwaffe an, um Indiens Schutz auch zukünftig sicher zu stellen (New Frontier in Sino-U.S. Relations: Challenges in Space, 30.3.2007, S. 8, World Security Institute). Auch Russlands Regierung, die anfangs gar nicht an einen erfolgreichen chinesischen Anti-Satellitentest glauben wollte, verurteilte die Waffen-Erprobung. Australien bestellte den chinesischen Botschafter in das Außenministerium ein und bat ihn um Erläuterung der Hintergründe des Waffentests (Guardian, 20.1.2007).

## Chinas Streitkräfte werden modernisiert und immer schlagkräftiger

Nicht nur Chinas wachsende militärische Ambitionen im Weltraum lösen in den Nachbarstaaten Besorgnis aus. Auch die fortschreitende Modernisierung und Hochrüstung von Marine, Luftwaffe und Heer wird in vielen Nachbarländern mit Argwohn verfolgt. Vorbei sind die Zeiten als in den 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts Chinas Streitkräfte als das größte Militärmuseum der Welt bezeichnet wurden. Damals war die Volksarmee (PLA) mit veralteten Waffen ausgerüstet, hatte mit mehr als 3,5 Millionen Soldaten eine viel zu große Mannschaftsstärke und verfügte über keine moderne Kampfstrategie. Seit China 1979 mit einer umfassenden Modernisierung seiner Streitkräfte begann, wurde die Zahl der Soldaten um mehr als eine Million auf heute 2,3 Millionen Bewaffnete verringert. Zwischen den Jahren 2000 und 2007 verdreifachte die Volksrepublik ihre offiziell veröffentlichten Verteidigungsausgaben auf 44,94 Milliarden US-Dollar. Die Volksbefreiungsarmee wurde von ihrer historisch bedingten Aufgabe der Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit befreit (diese Aufgabe wurde der Bewaffneten Volkspolizei übertragen). Aufgrund der Verringerung der Truppenstärke konnten mehr finanzielle Mittel für die Modernisierung von Waffensystemen und für den Ankauf neuer hochmoderner Rüstungsgüter im Ausland sowie für die Entwicklung von Waffen im eigenen Land verwendet werden. Die Armee, Marine und Luftwaffe hat die Zahl der Übungen und Manöver deutlich erhöht, um mehr Kampf-Erfahrung zu sammeln. Dazu zählen auch jährlich stattfindende amphibische Manöver, die vor allem im angrenzenden Taiwan mit allergrößter Sorge verfolgt werden. Auch wurde die Verteidigungsdoktrin der Volksbefreiungsarmee deutlich verändert und den modernen Gegebenheiten angepasst. So wandte man sich ab von Maos „Volkskampf“ und entwickelte eine neue Doktrin, um regional begrenzte Kriege unter Einsatz hochmoderner Waffensysteme und unter Kombination aller verfügbaren Streitkräfte von Luftwaffe, Marine und Heer zu führen. Auch hat China seine Atomstreitmacht modernisiert und bereitet den Einsatz von mobilen Interkontinentalraketen mit Atomsprenköpfen vor, um im Falle eines Nuklearangriffes mit Atomwaffen zurückschlagen zu können. Mit großer Sorge wird in Taiwan verfolgt, dass die chinesischen Streitkräfte im Zuge der Modernisierung ein Taiwan-Kontingent aufgebaut haben, das zahlenmäßig eindrucksvoll und mit hochmodernen Waffen ausgestattet ist. China hat dabei nicht nur die Zahl seiner auf Taiwan gerichteten Raketen kontinuierlich weiter ausgebaut, sondern auch ihre Zuverlässigkeit und Schlagkraft deutlich erhöht.

## Pekings Demonstration der Stärke in der Taiwan-Straße

Rund 900 – 1000 Raketen sind zurzeit vom chinesischen Festland auf die Inselrepublik gerichtet. Ende des Jahres 2005 belief sich die Zahl der Raketen noch auf 710 – 790. Die Zahl der Raketen nahm in den letzten sechs Jahren alljährlich um mindestens 100 zu. In den an die Taiwan-Straße angrenzenden chinesischen Militärregionen Nanjing und Guangzhou sind rund 400.000 Soldaten stationiert, in Taiwan 130.000 Soldaten. China hat in diesen beiden Regionen 2.700 Panzer zusammengezogen. Insgesamt verfügt die Volksrepublik in allen acht Militärregionen über 7.000 Panzer (Military Power of the People's Republic of China 2006, Annual Report to Congress, US-Verteidigungsministerium, S.44ff.). 425 chinesischen Kampfflugzeugen in den Regionen an der Taiwan-Straße stehen 330 taiwanische Jets gegenüber, während Taiwan den 275 Bomber-Flugzeugen der Volksrepublik nichts entgegen zu setzen hat. Auch bei der Marine zeichnet sich ein deutliches Übergewicht der Volksrepublik ab: 16 chinesischen Zerstörern stehen nur 2 taiwanische gegenüber. 42 chinesischen Landungsschiffen, die von Taiwan wegen einer möglichen Invasion besonders gefürchtet werden, stehen nur 16 taiwanische Landungsboote gegenüber. Auch bei Fregatten besitzt China mit 40 Schiffen in der Region einen deutlichen Vorteil gegenüber den 22 vergleichbaren taiwanischen Einheiten. Noch erdrückender ist das chinesische Übergewicht bei den für eine Blockade Taiwans oder der Seewege bedeutsamen U-Booten: 48 chinesischen U-Booten stehen nur acht taiwanische gegenüber.

Im Zuge der Modernisierung sind die in den Regionen Nanjing und Guangzhou stationierten amphibischen Einheiten mit neuen Schützenpanzern und Panzern ausgestattet worden. Auch wurde ihre Ladungskapazität deutlich erhöht und sie wurden mit Fahrzeugen ausgerüstet, die auf dem Luftweg transportiert werden können. Neue Transportflugzeuge aus russischer Produktion vom Typ Iljushin 76 sollen in der Region stationiert werden. Statt wie landesweit Truppen zu reduzieren, wurden im Jahr 2005 nahe der Taiwan-Straße zusätzliche 25.000 Soldaten, 200 Panzer und 2.300 Artillerie-Geschütze stationiert.

Chinas amphibisches Manöver im September 2005 hatte explizit Taiwan zum Ziel. Zwischen den Jahren 1999 und 2005 hat China elf amphibische Manöver durchgeführt, die eine Invasion Taiwans nachspielten. Nach Einschätzung des US-Verteidigungsministeriums hat sich aufgrund der Aufrüstung Chinas das regionale militärische Gleichgewicht bereits zugunsten Chinas verändert. Angesichts der Weiterentwicklung der chinesischen Atomstreitmacht, Land- und See-gestützter Waffensysteme sowie von hochmodernen Präzisionswaffen habe China das Potential, um auch moderne Armeen in der Region akut zu bedrohen, stellt das US-Verteidigungsministerium in seiner jüngsten Analyse der chinesischen Streitkräfte fest (Military Power of the People's Republic of China 2006, S. 1).

## Szenarien für eine Bedrohung Taiwans

Alle Anrainerstaaten Chinas sowie viele Handelspartner der Volksrepublik fürchten eine offene bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Taiwan und dem Festland. Diese hätte nicht nur katastrophale Folgen für Taiwan und würde die Volksrepublik bei ihren Bemühungen um internationale Anerkennung um Jahre zurückwerfen, sondern hätte auch weit reichende Konsequenzen für den Welthandel und die Weltwirtschaft. Die Folgen wären fatal, nicht nur weil Taiwan eine der wichtigsten Handelsnationen der Welt ist, sondern weil von einem solchen Konflikt auch zahlreiche Seewege betroffen wären, die für den Welthandel von größter Bedeutung sind. So würde nicht nur ein Zusammenbruch des Transpazifik-Handels drohen, auch die Rohstoffversorgung und der Außenhandel der wichtigen Wirtschaftsnationen Japan und Südkorea wären ernsthaft gefährdet. Angesichts der

Sicherheitsgarantien der USA drohten der Volksrepublik China darüber hinaus massive Sanktionen, denen sich vielleicht auch die EU und andere Staaten anschließen würden. Diese hätten in jedem Falle tief greifende Folgen für die Wirtschaft Chinas, den Welthandel und die Weltwirtschaft. Denn von Sanktionen wären auch europäische Unternehmen betroffen, die Teile ihrer Produktion oder ihre gesamte Fertigung in die Volksrepublik ausgelagert haben.

Vorstellbar wären neben einer offenen militärischen Auseinandersetzung auch viele andere Zwangsmassnahmen Chinas gegenüber Taiwan, die den demokratisch geäußerten Willen der Mehrheit des taiwanesischen Volkes missachten. So erscheint es nicht abwegig, dass China seinen wachsenden wirtschaftlichen Einfluss auf Taiwan nutzen könnte, um Wohlverhalten der taiwanesischen Regierung zu erzwingen. Dabei könnte China auf die Hilfe von hunderten taiwanesischen Unternehmen setzen, die schon heute als die wichtigsten ausländischen Investoren in der Volksrepublik gelten. Da diese Firmen ihre Investitionen nicht verlieren wollen, sind sie von Peking erpressbar.

Auch wird China auf der internationalen Bühne nichts unversucht lassen, um Taiwan außenpolitisch weiter zu isolieren. Mit großzügigen Entwicklungshilfeversprechen, lukrativen Wirtschaftsverträgen und politischem Druck bemüht sich die Volksrepublik bei allen 25 Staaten, mit denen Taiwan zurzeit diplomatische Beziehungen unterhält, um eine Einstellung der Kooperation mit der Inselrepublik. Allein seit dem Jahr 2004 gelang es Peking, zwei Staaten dazu zu bewegen, die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan einzustellen und stattdessen nur die Volksrepublik China völkerrechtlich anzuerkennen.

Chinesische Völkerrechtler bemühen sich, die vom neuen Seerecht anerkannte „200 Seemeilen – Zone zur Ausschließlichen Wirtschaftlichen Nutzung durch den Küstenstaat“ sehr extensiv zu interpretieren und dem Küstenstaaten generell weit reichende Hoheits- und Kontrollrechte zu verschaffen. So soll die Freiheit der Navigation in See- und Luftraum eingeschränkt werden und damit auch der Bewegungsspielraum des nur 130 Kilometer vom Festland entfernten Taiwan begrenzt werden.

Auch könnte China mit einer Seeblockade Taiwans drohen oder besonders bedeutsame Seewege für die Inselrepublik mit der Ankündigung von Seemanövern oder Raketentests sperren. Für Taiwan wichtige Seestraßen ließ die Volksrepublik bereits während der Taiwan-Krise 1995/1996 unter dem Vorwand von Manövern und Raketenversuchen blockieren. Damals war die Volksrepublik dem Inselstaat jedoch noch nicht so deutlich militärisch überlegen wie heute.

Mit gezielten Raketen- oder Luftwaffenangriffen könnte die militärische Infrastruktur Taiwans so stark geschädigt werden, dass der militärische Widerstand in dem Inselstaat innerhalb kürzester Zeit gebrochen würde und Taiwan eventuell nicht mehr den Schutz der USA in Anspruch nehmen könnte.

Elektronische Kriegsführung ermöglicht gezielte Schläge gegen die taiwanesischen Wirtschaft und das öffentliche Leben. So könnten Computer-Netzwerke still gelegt oder für eigene Zwecke missbraucht werden. Die chinesische Volksbefreiungsarmee hat bereits Einheiten zur elektronischen Kriegsführung aufgebaut, die Viren zur Blockade von Computer-Netzwerken entwickeln. Diese Einheiten bekamen in jüngsten militärischen Übungen immer mehr Bedeutung in der offensiven Kriegsführung eingeräumt.

Vorstellbar wäre auch eine eng aufeinander abgestimmte Invasion von chinesischen Luftlandetruppen und Marine. Diese würde jedoch eine deutliche Überlegenheit der Marine und Luftwaffe der Volksrepublik vorausset-

zen, die von China mit der Modernisierung seiner Streitkräfte nun angestrebt wird. Mit der Stationierung von drei BeiDou-Satelliten im Weltraum hat China seinen Streitkräften nun Navigationshilfen verschafft, die ihr auch in Taiwan eine Orientierung bis auf 20 Meter Genauigkeit garantieren.

## Chinas Modernisierungs-Pläne für seine Streitkräfte im Jahr 2007

Im Zentrum der Modernisierung der Streitkräfte steht nach Einschätzung vieler Sicherheitsexperten die Vorbereitung eines möglichen bewaffneten Konfliktes mit Taiwan. Einige chinesische Experten geben zu Bedenken, dass es der chinesischen Marine nur nach einer Einnahme Taiwans gelingen wird, die Kontrolle des chinesischen Seeraumes und möglicher Ressourcen im Meeresuntergrund um mehrere hundert Kilometer weiter nach Osten auszudehnen. Dies würde auch eine wirksame Kontrolle der Haupthandelsrouten und Rohstofflieferungen für Japan und Südkorea durch chinesische Kriegsschiffe ermöglichen und somit Chinas strategische Bedeutung stärken.

In dem Verteidigungs-Weißbuch Chinas vom 29. Dezember 2006 kündigt die Volksrepublik bedeutende Investitionen in die Marine und die Luftwaffe an (BBC, 29.12.2006). Gemäß diesem Dokument stellt Taiwan die größte „Bedrohung“ der Volksrepublik dar. Die chinesischen Streitkräfte hätten die Verantwortung, in jedem Falle auch unter Einsatz von Waffengewalt eine staatliche Unabhängigkeit Taiwans zu verhindern, heißt es in dem Weißbuch. Folgende Rüstungsprojekte werden von Chinas Streitkräften im Jahr 2007 vorangetrieben:

- Im Januar 2007 stellte China seinen neuen Kampfbomber Jian-10 vor, der von der chinesischen Luftfahrtindustrie entwickelt wurde (The Christian Science Monitor, 11.1.2007). Bis zu 1.200 Stück sollen von dem Flugzeug gebaut werden. An weiteren Varianten dieses Flugzeugtyps mit verbesserten Triebwerken, Radars und Waffensystemen wird gearbeitet.
- China bereitet den Aufbau eines Kampfflugzeug-Geschwaders für einen künftig in Betrieb zu stellenden Flugzeugträger vor.
- Chinas Marine arbeitet an einer Verbesserung des Kampffjets JH-7, der erstmals vor zehn Jahren in Dienst gestellt wurde und von dem es zurzeit rund einhundert Exemplare gibt. Die verbesserte Version soll vor allem nächtliche Einsätze auf See ermöglichen. Auch soll der Jet mit Laser-gesteuerter Munition und hochmodernen Raketen neu ausgestattet werden. Der Kampffjet hat einen Einsatzradius von 900 Kilometern und wäre somit auch über Taiwan einsetzbar.
- Auf der Basis von Transportmaschinen aus russischer Produktion (Iljushin 76) sollen im Stile der auch in Deutschland stationierten US-amerikanischen fliegenden Frühwarnsysteme (AWACS) neue Flugzeuge zur Überwachung des Luftraumes entwickelt werden.
- Im März 2007 testete Chinas Marine das erste von fünf neuen atomar angetriebenen U-Booten vom Typ 094 (AFP, 2.3.2007). Ab dem Jahr 2008 sollen die ersten Schiffe einsatzbereit sein und den Wirkungsradius von Chinas U-Booten deutlich vergrößern. Die Schiffe werden mit Raketen ausgerüstet sein, die über eine Reichweite von 8.000 Kilometern verfügen. China will erreichen, dass innerhalb der nächsten zehn Jahre bis zu 120 Atom-Raketen mit großer Reichweite und Mehrfachsprengköpfen auf U-Booten stationiert sind (The Washington Times, 2.3.2007).

- Erprobt wird momentan auch das neue Atom U-Boot vom Typ 093, das mit moderneren Waffensystemen als die vorangegangenen herkömmlichen U-Boote ausgestattet ist. Bislang sollen zwei U-Boote dieser Klasse gebaut worden sein (The Washington Times, 2.3.2007).
- Diesel-angetriebene U-Boote der Song-Klasse werden nun in Serienproduktion hergestellt.
- In Russland hat China acht zusätzliche Diesel-angetriebene U-Boote der Song-Klasse erworben. Im Oktober 2006 tauchte ein U-Boot dieser Klasse in nur fünf Meilen Abstand von dem US-Flugzeugträger USS Kitty Hawk an der Meeresoberfläche auf, ohne dass es zuvor von dem US-Schiff gesichtet worden war. Damit befand sich der Flugzeugträger innerhalb der Reichweite der Raketen des U-Boots. Das chinesische U-Boot wurde von einem führenden Admiral der Marine gesteuert, wie sich später herausstellte.
- Kürzlich bekam China einen zweiten hochmodernen Zerstörer der Sovremenny II-Klasse aus Russland geliefert. Er ist mit neuesten Anti-Schiffs-Raketen ausgerüstet und stellt eine deutliche Verbesserung zu Vorgänger-Modellen dar.
- Chinas Marine baut auch ihre Zerstörer-Kapazität deutlich aus: So sollen weitere Zerstörer des erstmals im Jahr 2005 in China gefertigten Typs der Luzhou-Klasse sowie der Luyang-Klasse in Dienst gestellt werden.
- Spätestens bis zum Jahr 2020 will die Volksrepublik auch einen Flugzeugträger entwickeln. Bereits im Jahr 1985 kaufte China den schrottreifen australischen Flugzeugträger HMAS Melbourne, um die Technik zu studieren. Zwischen den Jahren 1992 und 1994 bemühte sich China einen zu drei Vierteln fertig gestellten Flugzeugträger der Kiew-Klasse in der Ukraine zu kaufen. Aufgrund amerikanischen und japanischen Drucks auf die Ukraine kam der Erwerb nicht zustande. Im Jahr 1998 kaufte schließlich ein chinesisches Unternehmen aus Macau den Flugzeugträger Varyag aus der Ukraine, um ihn als Vergnügungspark zu nutzen. Ausdrücklich wurde im Vertrag eine militärische Verwendung des Schiffes ausgeschlossen. Trotzdem sollen britische und französische Unternehmen im Jahr 1999 angeboten haben, das Schiff so auszurüsten, dass es einsatzfähig sei ([www.GlobalSecurity.org](http://www.GlobalSecurity.org), Aircraft Carrier Project). Später stellte sich heraus, dass die Firma aus Macau ein Tochterunternehmen eines Betriebes aus Hongkong war, der enge Kontakte zur Volksbefreiungsarmee unterhält. Das Schiff liegt bis heute streng von Polizisten bewacht im Hafen von Dalian. Im Juni 2005 wurde berichtet, dass China Baupläne für einen neuen Flugzeugträger entwickelt hätte. Vor einem Bau eines solchen Schiffes sollen jedoch erst mehrere Hubschrauberträger produziert werden.

## Indien fühlt sich von der Volksrepublik bedroht

Zwar beschwören alle Anrainerstaaten Chinas, als Antwort auf die Aufrüstung der Volksrepublik keinen Rüstungswettlauf beginnen zu wollen. Doch Fakt ist, dass Japan, Südkorea, Indien, Russland und die USA massiv in neue Rüstungsprogramme investieren (AP, 12.4.2007).

Indien reagierte am 12. April 2007 mit der Erprobung einer im eigenen Land gefertigten Agni III - Rakete, deren Reichweite einen Einsatz auch bis Peking oder Schanghai erlaubt und die mit Atomsprengköpfen bestückt sein kann (The Australian, 13.4.2007 / AFP, 13.4.2007). Zwar unterstrich die indische Regierung, dass man mit diesem Test China nicht bedrohen wolle, doch ähnliche Botschaften hört man auch regelmäßig aus Peking. Unverkennbar war jedoch die Absicht der indischen Führung, China deutlich zu machen, dass Indien das wachsende militä-

rische Ungleichgewicht zwischen beiden Staaten nicht hinnehmen will und sich dem zunehmenden chinesischen Druck nicht fügen will. Auch werden in Indien nun Stimmen laut, eine militärische Strategie für die Nutzung des Weltraums zu entwickeln (The Indian Express, 13.4.2007).

Indien fühlt sich in mehrfacher Hinsicht militärisch von China bedrängt. So hat die Volksrepublik im Jahr 2005 den Bau eines Netzwerkes von Überlandstrassen im Westen Chinas für 3,5 Milliarden US-Dollar in Auftrag gegeben. Die für den Transport auch von Panzern und schwersten Transportfahrzeugen ausgelegten Strassen ermöglichen es China, noch schneller Truppen aus dem Osten des Landes an die indische Grenze zu verlegen. Die im Juli 2006 in Betrieb genommene Eisenbahnverbindung von Golmund nach Lhasa verringert die Transportzeiten von Soldaten von der dichter besiedelten Ostküste Chinas zur indischen Grenze von zuvor 80 Stunden auf nur noch 18 Stunden. Indien reagierte auf die Verstärkung der chinesischen Militär-Infrastruktur mit der Modernisierung seines Horchpostens Daulat Beg Oldi in Ladakh. Auch China baute eine neue Abhörstation im Westen des Himalaya, im von Indien ebenfalls beanspruchten Aksai Chin-Massiv (nahe der Region Kaschmir) auf, die offiziell als Hubschrauber-Stützpunkt gilt. Mit Besorgnis verfolgt Indien, dass China weitere Raketenbasen in Tibet eingerichtet hat. Insgesamt sollen momentan in Tibet zwanzig Raketen mittlerer Reichweite sowie 80 Kurzstrecken-Raketen auf indische Städte gerichtet sein (India Defence, 1.8.2005).

## Japan baut Verteidigungstreitmacht aus

In Japan haben Chinas wachsende militärische Stärke und die Nordkorea-Krise entscheidend dazu beigetragen, dass der Verteidigungsetat in den Jahren 2006/ 2007 zum ersten Mal seit vier Jahren erhöht wird (AFP, 31.8.2005). In einem im August 2005 veröffentlichten Weißbuch japanischer Verteidigungsexperten wurde Besorgnis über die Entwicklung der Militärausgaben in der Volksrepublik sowie über die Ziele der chinesischen Führung geäußert. Im November 2004 wurde ein chinesisches U-Boot beim Eindringen in japanische Hoheitsgewässer entdeckt (Newsweek, 18.9.2006). In 107 Fällen verletzten chinesische Flugzeuge im Jahr 2005 den japanische Luftraum. Im Jahr 2003 waren nur zwei solcher Zwischenfälle festgestellt worden. Die starke Zunahme ist wahrscheinlich auf Vermessungsarbeiten des Meeresgrundes zurückzuführen.

Seit seiner Niederlage im Zweiten Weltkrieg ist Japan von seiner Verfassung her dem Pazifismus verpflichtet und unterhielt bislang kein Verteidigungsministerium, sondern nur eine „Agentur für Verteidigung“. Die Diskussion um die militärischen Ambitionen Chinas half den Befürwortern eines Ausbaus der japanischen Verteidigungstreitmacht bei ihren Bemühungen um den Aufbau eines eigenständigen Verteidigungsministeriums (Der Tagespiegel, 30.11.2006). Am 15. Dezember 2006 verabschiedete das japanische Parlament ein entsprechendes Gesetz, am 9. Januar 2007 wurde das Japanische Verteidigungsministerium offiziell eingerichtet. Dem Ministerium untersteht eine Streitmacht von rund 276.000 Soldaten, die aufgrund der Verfassung von 1947 einen strikt defensiven Charakter hat.

Japan verfolge die umfassende Modernisierung der chinesischen Streitkräfte sehr aufmerksam, erklärte der japanische Verteidigungsminister Fumio Kyuma beim Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao in Tokio im April 2007 (Financial Times, 11.4.2007). Japan und China bemühten sich bei dem Besuch um eine Entspannung in ihrem äußerst schwierigen Verhältnis, das von gegenseitig öffentlich vorgetragenen Vorwürfen sehr belastet war. So hatte Peking Japan immer wieder vorgehalten, sich nicht zu den Verbrechen zu bekennen, die in japanischen Namen von Soldaten im besetzten China verübt wurden. Japan hatte China wiederum militärische Expansion und Unnachgiebigkeit in Gebietskonflikten im Ostchinesischen Meer vorgeworfen. Mit

Erleichterung wurde in Ostasien aufgenommen, dass sich China und Japan bei den Verhandlungen im April 2007 eine intensivere Zusammenarbeit in wirtschaftlichen, politischen, militärischen und ökologischen Fragen vereinbarten (FAZ, 12.4.2007). So wurde unter anderem auch ein Besuch von Kriegsschiffen in beiden Ländern vereinbart. Ob dies ausreichen wird, um langfristig die Ängste vor einem militärisch erstarkenden China in Japan abzubauen, ist fraglich.

Denn beide Staaten entzweit auch der Konflikt um rohstoffreiche Gewässer und Inseln im Ostchinesischen Meer zwischen Japan und Taiwan. Zwar vereinbarten China und Japan bei den Gesprächen im April 2007, Möglichkeiten für eine gemeinsame Ausbeutung der Ressourcen zu prüfen. Doch in Japan sind die Ängste vor einer Übervorteilung durch Pekings Führung groß. Denn während chinesische Politiker öffentlich den Dialog über eine Lösung der Gebietskonflikte beschwören, werden vor Ort von chinesischen Unternehmen und Wissenschaftlern bereits Fakten geschaffen. Vergeblich protestierte Tokio mehrfach gegen die Einrichtung von chinesischen Bohrinseln zur Erschließung von Erdgas- und Erdölvorkommen in dem zwischen beiden Staaten umstrittenen Gebiet (Newsweek, 18.9.2006). Beide Staaten warfen sich gegenseitig vor, das Meeresgebiet zu vermessen und Probebohrungen durchzuführen.

Letztlich geht es bei diesem Konflikt aber nicht nur um Frage der Ressourcen-Kontrolle, sondern um das Ringen eines militärisch erstarkenden China mit Japan, das traditionell militärisch und politisch sehr eng mit den USA verbunden ist. Sowohl in Japan als auch in den USA fürchtet man, dass China den Gebietskonflikt nutzen könnte, um seine Verteidigungslinien weiter nach Osten in den Pazifischen Ozean zu verschieben und strategisch bedeutsame Positionen wie den US-Stützpunkt Okinawa im Süden Japans zu gefährden.

## Neue Waffen für Taiwan

Taiwans Präsident Chen Shui-bian hat angesichts der wachsenden militärischen Schlagkraft Chinas am 15. März 2007 dazu aufgerufen, die Verteidigung der Inselrepublik zu verstärken, um China abzuschrecken vor einer militärischen Intervention (UPI, 15.3.2007). Im Januar hatte Chen in einem Interview mit dem US-Fernsehsender CNN China vorgeworfen, Taiwan mit fast 1.000 Raketen zu bedrohen. Zwar steigerte die Inselrepublik ihre Verteidigungsausgaben nicht, bemüht sich aber um stetige Modernisierung ihrer Streitkräfte. Im April und Mai sollen neue Manöver Taiwans stattfinden, um die Einsatzfähigkeit der Marine und Luftwaffe unter Beweis zu stellen (AFP, 20.3.2007). Am 10. April 2007 simulierte die taiwanische Luftwaffe einen Blitzangriff chinesischer Streitkräfte und evakuierte die gesamte Regierungsspitze in einen besonders gesicherten Bunker-Komplex (Sun Times, 10.4.2007). Die Ängste der Bevölkerung in Taiwan vor einer bewaffneten Intervention der Volksrepublik werden noch geschürt durch das Bekannt werden umfassender Militärspionage Chinas in den USA. So wurde im März 2007 im Rahmen eines Strafprozesses in den USA gegen einen US-Ingenieur chinesischer Abstammung bekannt, dass die Volksrepublik die Technik für die Herstellung von „leisen“ U-Booten ausspionieren ließ, die gerade im Einsatz um Taiwan von größter Bedeutung sind, um unidentifiziert in fremde Hoheitsgewässer gelangen zu können (AFP, 29.3.2007).

Am 2. Februar 2007 hat Taiwan eine Rakete mit einer Reichweite von 600 Kilometern getestet, die auch Hongkong oder Schanghai treffen könnte (Channel News Asia, 6.3.2007). Präsident Chen und Verteidigungsminister Lee Jye wohnten dem Raketentest persönlich bei, um die Bedeutung einer Verstärkung der Verteidigungsbemühungen der Inselrepublik zu unterstreichen.

Die USA haben sich grundsätzlich bereit erklärt, Taiwan mehr als 400 Raketen und Ersatzteile im Wert von 421 Millionen US-Dollar für den Einsatz in F-16 Kampffjets zu liefern (AFP, 1.3.2007). China machte massiven Druck auf Washington, um den Verkauf zu verhindern (Reuters, 22.3.2007). Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums warf den USA vor, zuvor erteilte Zusagen, die Waffenverkäufe an Taiwan zu verringern, mit diesem Verkauf „ernsthaft zu verletzen“ (BBC, 2.3.2007). Ein Sprecher des US-Außenministeriums wies die Kritik zurück und erklärte, die Waffenlieferungen würden den „legitimen Bedürfnissen Taiwans nach Selbstverteidigung“ entsprechen (Taipei Times, 4.3.2007). Im Jahr 2000 hatte Taiwan erstmals 120 Raketen von den USA geliefert bekommen. Auch bemüht sich die Inselrepublik um die Genehmigung des Ankaufs von 60 moderneren F-16 Kampffjets in den USA, um veraltete Flugzeuge zu ersetzen (Reuters, 22.3.2007). Aufgrund ungesicherter Finanzierung haben die USA ihre Zustimmung zu einem Verkauf aufgeschoben. Auch plant das taiwanische Verteidigungsministerium den Erwerb von 120 Kampf- und Transporthubschraubern aus den USA. Aber auch dazu liegt noch keine Zustimmung aus den USA vor (Reuters, 10.4.2007).

## Guam – Amerikas neuer Vorposten gegenüber China

Die US-Regierung reagierte auf die zunehmende militärische Stärke Chinas mit einer Verlagerung ihrer Streitkräfte im Westpazifik. So wird der Marine- und Luftwaffe-Stützpunkt auf dem US-Territorium Guam systematisch ausgebaut. Bislang leben dort nur 2.867 US-Soldaten. In einem Jahrzehnt sollen dort 20.000 US-Soldaten stationiert sein. Mit ihren Angehörigen werden rund 35.000 Amerikaner in den nächsten Jahren auf der Tropeninsel eintreffen (Newsweek, 26.2.2007). Auf Guam werden Atom U-Boote, Tank-Flugzeuge, neue hochmoderne Kampfflugzeuge und unbemannte Spionage-Flugzeuge stationiert. Von Guam aus kann Taiwan innerhalb von zwei bis drei Flugstunden oder zwei bis drei Tagen auf dem Seeweg erreicht werden.

## Russland modernisiert Streitkräfte

Auch Russland reagiert auf die Aufrüstung des rivalisierenden China, mit dem es eine 4.300 Kilometer lange Grenze teilt. Zwischen den Jahren 2001 und 2006 vervierfachte sich das russische Verteidigungsbudget von 8,1 Milliarden US-Dollar auf 31 Milliarden US-Dollar im vergangenen Jahr. Russlands Verteidigungsminister kündigte im Februar 2007 ein ehrgeiziges Investitionsprogramm von 190 Milliarden US-Dollar an, die in den kommenden acht Jahren für die Modernisierung der Streitkräfte aufgewendet werden sollen.

## Europas Waffenembargo gegen China muss bleiben

Die angespannte sicherheitspolitische Lage in Ostasien und insbesondere ein drohender militärischer Konflikt in der Taiwan-Strasse machen deutlich, dass die Zeit nicht reif ist für eine Aufhebung des im Jahr 1989 verhängten EU-Waffenembargos gegen die Volksrepublik China. Denn eine Aufhebung zu diesem Zeitpunkt wäre das falsche Signal an die Machthaber in Peking, die angesichts wachsenden politischen Einflusses Chinas auf internationaler Ebene und einer prosperierenden Wirtschaft die Volksrepublik als militärische Großmacht etablieren wollen.

Nichts deutet darauf hin, dass die EU die von Peking beschworene „Ein-China-Politik“ aufgibt. Die EU ist an einem Ausbau ihrer „Strategischen Partnerschaft“ und ihrer engen wirtschaftlichen Beziehungen mit China

interessiert. Noch spricht die EU nicht geschlossen mit einer Stimme gegenüber China, sondern einzelne Mitgliedstaaten ringen ohne Rücksicht auf gemeinsame Interessen und Werte um die Sympathie der chinesischen Führung und um neue Aufträge aus der Volksrepublik. Insbesondere Frankreich scheint dem Ausbau der „Strategischen Partnerschaft“ mit China absoluten Vorrang einzuräumen. Anders ist nicht zu erklären, wie Paris ohne jedes Augenmaß und Gefühl für die Brisanz der Lage wenige Tage vor dem Referendum in Taiwan am 16. März 2004 seine ersten gemeinsamen Manöver mit der chinesischen Marine vor den Küsten Chinas durchführen konnte (Libération, 17.3.2004).

Dringend sollte die EU vermeiden, dass sich Peking durch ihr Schweigen zur Hochrüstung Chinas darin bestärkt fühlen könnte, eine Militärintervention gegen Taiwan vorzubereiten. Denn auch Europa wäre ein großer Verlierer einer militärischen Eskalation in Ostasien. Europas führende Industrienationen leben vom Welthandel und der würde durch eine bewaffnete Konfrontation in der Taiwan-Straße massiv beeinträchtigt. Seewege zu den wichtigen Häfen in Japan, Südkorea, Taiwan und China würden blockiert. Europäische Unternehmen würden vergeblich auf Zulieferungen aus der Volksrepublik oder aus Taiwan warten. Noch schlimmer wären Firmen betroffen, die ihre gesamte Produktion in die Volksrepublik ausgelagert haben. Auch müsste in diesem Fall mit der Verhängung neuer Sanktionen gegen China gerechnet werden, die das Land um Jahre zurückwerfen und den Welthandel empfindlich treffen würden. So hat die EU auch ein großes Eigeninteresse daran, jede Eskalation der Gewalt in Ostasien zu verhindern.

## Waffenembargo wird unterschiedlich gehandhabt

Als die EU-Außenminister am 26. Juni 1989 in Madrid das Waffenembargo gegen China beschlossen, waren sie empört über das Vorgehen der chinesischen Führung und Armee gegen die Demokratiebewegung und wollten ein Zeichen des Protestes setzen. Doch auch damals bestand schon keine Einigkeit unter den Ministern bei der Interpretation des Begriffes „Waffenembargo“. Da es keine einheitlichen Standards für Rüstungsexporte gab, war es jedem Mitgliedstaat überlassen, den Embargo-Beschluss gemäß seinen nationalen Gesetzen zu interpretieren und umzusetzen.

Schon bald zeigte sich, dass einige EU-Staaten den Begriff der „Waffen“ sehr eng fassten, um ihrer Rüstungsindustrie den Export von Gütern nach China nicht vollkommen verbieten zu müssen. Sowohl Frankreich als auch Großbritannien untersagten nur den Export von tödlichen Rüstungsgütern und von Waffen, die zur Aufstandsbekämpfung eingesetzt werden konnten. Weiterhin exportiert wurden aber Radarsysteme, Hubschrauber und vor allem viele „Dual Use“-Produkte, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke gebraucht werden können. So lieferte Großbritannien Searchwater Radare und Frankreich AS-365N Dauphin-2 Hubschrauber nach Verhängung des Embargos nach China. Gemäß dem fünften Jahresbericht über die europäische Rüstungsexportpolitik, den der Rat der EU dem Europaparlament am 31. Dezember 2003 zugeleitet hat, hat Frankreich im Jahr 2002 nach eigenen Angaben Genehmigungen über den Export von Rüstungsgütern nach China im Wert von 105 Millionen Euro erteilt. Großbritannien stellte im gleichen Zeitraum Genehmigungen für die Lieferung militärischer Güter im Wert von 79 Millionen Euro an die Volksrepublik aus (Fifth Annual Report according to Operative Provision 8 of the European Code of Conduct on Arms Exports, 2003/C 320/01).

In der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage erläuterte die britische Regierung 1995, das Waffenembargo verbiete die Lieferung tödlicher Waffen (Maschinengewehre, Bomben, Torpedos, Raketen), Munition, von Kampfflugzeugen und Hubschraubern, Kriegsschiffen, gepanzerten Fahrzeugen sowie jeder Ausrüstung, die für die Aufstandsbekämpfung eingesetzt werden kann.

Frankreich interpretierte den Embargobeschluss noch großzügiger und sah auch keine Probleme in einem Ausbau der militärischen Beziehungen, der Ausbildung sowie in der technischen Kooperation, wie der französische Verteidigungsminister Charles Millon auf einer Pressekonferenz in Peking am 8. April 1997 versicherte (AFP, 8.4.1997). Mit der Neuausrichtung und Normalisierung der europäisch-chinesischen Beziehungen im Jahr 1997 wurde auch der Ruf nach einer Modifizierung oder Aufhebung des Waffenembargos lauter. Frankreich und Italien forderten eine Anpassung der Embargo-Bestimmungen an die neue Lage, auch der portugiesische Verteidigungsminister kündigte 1997 an, dass die Sanktionen eventuell bald aufgehoben würden.

## Europäischer Verhaltenskodex in der Kritik

Die Regierungen Chinas und Frankreichs bestreiten, dass die Rüstungsexporte nach China nach einer Aufhebung des Waffenembargos deutlich zunehmen würden. Zur Begründung verweisen sie auf den EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexporte. Er war am 11. Juni 1998 verabschiedet worden und schreibt acht Kriterien für die Genehmigung von Rüstungsgeschäften fest. Jeder EU-Staat verpflichtet sich, anhand dieser Kriterien bei der Vergabe von Genehmigungen vorzugehen und jährliche Berichte über den Rüstungsexport zusammenzustellen. Alle Angaben über erteilte oder verweigerte Ausfuhrgenehmigungen sollen auf freiwilliger Basis dem EU-Rat der Außenminister gemeldet werden, der wiederum jährlich das Europaparlament in einem Bericht über die Ausfuhrpraxis der Mitgliedstaaten informiert.

### Acht Kriterien des Verhaltenskodex:

- **Internationale Verpflichtungen:** Eine Genehmigung für Rüstungsexporte darf nicht erteilt werden, wenn sie internationale Verpflichtungen der EU-Mitgliedsstaaten verletzen würde, z.B. wenn sie gegen ein Waffenembargo verstoßen würde.
- **Menschenrechte:** Waffen dürfen nicht ausgeführt werden in Länder, in denen Menschenrechte verletzt werden, d.h. in denen ein klares Risiko besteht, dass gefoltert und willkürlich verhaftet wird, dass Menschen verschwinden, dass Bürger unmenschlich oder demütigend behandelt oder bestraft werden oder dass andere schwere Menschenrechtsverletzungen begangen werden.
- **Krisengebiete:** In Gebiete, in denen bereits Spannungen oder bewaffnete Konflikte bestehen, sollten keine Rüstungsgüter exportiert werden, die den Konflikt eskalieren lassen oder verlängern.
- **Friede und Stabilität:** Es sollten keine Waffen in Staaten geliefert werden, wenn der begründete Verdacht besteht, dass diese bald zur Aggression gegen einen anderen Staat benutzt werden könnten.
- **Nationale Sicherheit:** Waffenexporte dürfen nicht die Sicherheit anderer EU-Staaten oder befreundeter oder verbündeter Länder beeinträchtigen.
- **Verhalten in der internationalen Staatengemeinschaft:** Bei der Genehmigung ist zu berücksichtigen, wie sich das Empfängerland gegenüber Terrorismus, Völkerrecht und die Nichtverbreitung von Atomwaffen verhält.
- **Umleitung und Wiederausfuhr:** Mitgliedsstaaten müssen bei der Genehmigung prüfen, ob ein Risiko der Umleitung und Wiederausfuhr der Rüstungsgüter aus dem Empfängerland besteht.
- **Wirtschaftliche Möglichkeiten:** Der exportierende Staat sollte berücksichtigen, ob das Empfängerland seine Verteidigung und Sicherheit mit einem möglichst geringen Aufwand sicherstellt.

So begrüßenswert es ist, dass sich die EU-Staaten auf gemeinsame Prinzipien zur Regelung der Rüstungsausfuhr verständigt haben, so ist es doch ein Kompromiss auf niedrigem Niveau. Ein Experte im französischen

Verteidigungsministerium weist darauf hin, dass der Kodex nur den Export tödlicher Waffen regelt: „Aber wenn ein Staat diskret Waffen an China verkaufen wollte, insbesondere im Bereich der Dual Use-Produkte, so wird ihn niemand daran hindern.“ (Le Monde, 12.3.2004).

Anders ist wohl auch nicht zu erklären, warum Frankreich, Großbritannien, Belgien, Deutschland und Spanien gemäß dem Fünften Jahresbericht der EU über Rüstungsexporte im Jahr 2002 Genehmigungen für den Export von Waffen in viele Staaten erteilten, die massiv Menschenrechte verletzen, in bewaffnete Konflikte verwickelt sind oder in denen Friede und Stabilität nachhaltig gefährdet sind:

- Obwohl **Indien** und **Pakistan** unmittelbar vor einem Atomkrieg standen, genehmigte Paris Lieferungen im Wert von 369 Millionen Euro an Indien und von 241 Millionen Euro an Pakistan. Großbritannien machte es ähnlich und genehmigte Exporte im Wert von 187 Millionen Euro an Indien und 23 Millionen Euro an Pakistan. Deutschland genehmigte Rüstungslieferungen an Indien in Höhe von 106 Millionen Euro.

- In **Indonesien** eskalierten diverse bewaffnete Konflikte (Aceh, Papua) und Folter ist in den Gefängnissen an der Tagesordnung. Trotzdem genehmigte London Verträge im Wert von 65 Millionen Euro und Paris in Höhe von 37 Millionen Euro.

- Trotz schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen in der **Türkei** wurden von Frankreich Verträge im Wert von 267 Millionen Euro, von Deutschland im Wert von 123 Millionen Euro, von Großbritannien im Umfang von 43 Millionen Euro und von Italien in Höhe von 20 Millionen Euro gebilligt.

- Ungeachtet der ungelösten Westsahara-Frage genehmigte Frankreich Rüstungslieferungen in Höhe von 992 Millionen Euro und Großbritannien im Wert von 32 Millionen Euro an **Marokko**.

- In **Nepal** kommt es fast täglich zu Kämpfen zwischen der maoistischen Guerilla und der wegen ihrer Menschenrechtsverletzungen berüchtigten Armee. Trotzdem genehmigte Belgien Lieferungen im Wert von 25 Millionen Euro.

- Ungeachtet des Völkermordes in Tschetschenien und der zahlreichen Menschenrechtsverletzungen im ganzen Land stimmte Großbritannien Lieferungen an **Russland** im Wert von 55 Millionen Euro zu.

- Im **Iran** werden elementare Menschenrechte noch immer mit Füßen getreten. Nichtsdestotrotz genehmigte Großbritannien Lieferungen im Wert von 11 Millionen Euro, Spanien in Höhe von 23 Millionen Euro und Frankreich im Umfang von 14 Millionen Euro.

- In **Algerien** sind Folter und Verschwindenlassen weit verbreitet. Trotzdem stimmte Frankreich Lieferungen in Höhe von 16 Millionen Euro und Italien im Wert von 17 Millionen Euro zu.

- In **Angola** halten die Kämpfe um die ölfreiche Enklave Cabinda an. Ungeachtet dessen genehmigte Großbritannien die Ausfuhr von Rüstungsgütern im Wert von 14 Millionen Euro.

Weitere Länder, die systematisch Menschenrechte verletzen oder in Kriege verwickelt sind, sollen nach Einschätzung von europäischen Regierungen unproblematisch für die Lieferung von Rüstungsgütern sein: **Kolumbien, Äthiopien, Sudan, Elfenbeinküste, Ägypten, Saudi-Arabien, Kasachstan** und **Usbekistan**.

Für diese Staaten wurden im Jahr 2002 Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter gemäß dem EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexporte erteilt. Angesichts dieser Genehmigungspraxis sollte man sich über die Wirksamkeit des Verhaltenskodexes keine Illusionen machen. Es ist eine politische Willenserklärung, die keinen rechtlich bindenden Charakter hat, so dass es keinen Mechanismus gibt zu erzwingen, dass die Bedingungen des Kodexes beachtet werden. Zwar ist es ein Fortschritt, dass im Fall einer Ablehnung einer Exportgenehmigung dies auch den anderen EU-Staaten mitgeteilt wird. Doch diese Staaten können ihrerseits eine Ausfuhrgenehmigung für das in einem anderen Staat abgelehnte Rüstungsgeschäft erteilen. Auch mangelt es noch an der Transparenz der Rüstungsexportpraxis vieler Staaten, die zwar den EU-Ministerrat über ihre Ausfuhren informieren, oftmals aber nicht ihre nationalen Parlamente und ihre Öffentlichkeit. Auch hat der EU-Verhaltenskodex vor dem Hintergrund der Konzentrationsprozesse in der europäischen Rüstungsindustrie und des Umfangs der europäischen Rüstungsexporte nur eine begrenzte Bedeutung. In jedem Fall ist es nicht das wirksame Kontrollinstrument, zu dem es in der Diskussion um die Aufhebung des EU-Waffenembargos von den EU-Außenministern hochstilisiert wurde. Insbesondere die EU-Staaten, die bereits heute Dual Use-Produkte an China liefern, werden diese Exporte nach einer Aufhebung des Embargos ausweiten.

So reagierte auch die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) bei der Vorstellung ihres jährlichen Rüstungsexportberichts „mit größtem Unverständnis“ auf die geplante Aufhebung des EU-Waffenembargos (FR, 16.12.2003). Weder erfülle China die EU-Kriterien für die Genehmigung von Waffenlieferungen, noch seien solche Lieferungen mit den Richtlinien vereinbar, die sich die Bundesregierung selbst im Jahr 2000 gegeben habe und die auf die Beachtung menschenrechtlicher und friedensethischer Gesichtspunkte abzielten, kritisierten Sprecher der GKKE.

## Waffenexport-Bestimmungen werden überarbeitet

Aufgrund der vielfältigen Kritik begann die EU im Dezember 2003 mit einer Überarbeitung des Waffenexport-Kodexes. Koordiniert wird die Reform von der Arbeitsgruppe für den Export von Konventionellen Waffen (COARM), dem neben der EU-Ratspräsidentschaft und den Mitgliedsländern auch die EU-Kommission angehört. Im Frühjahr 2005 wurde ein erster Entwurf für eine Reform des Waffenexport-Kodexes vorgelegt. Das der COARM übergeordnete Komitee für Politische Fragen und Sicherheit (PSC) verabschiedete den neuen Entwurf am 30. Juni 2005. Im Rahmen der Reform wurde vor allem festgeschrieben, dass die EU-Mitgliedstaaten zukünftig dazu verpflichtet sein sollen, dafür zu sorgen, dass ihre nationale Gesetzgebung im Einklang mit dem Waffenexport-Kodex steht. Das Europäische Parlament hatte sich mehrfach in Resolutionen dafür eingesetzt, dass der Kodex nicht nur Empfehlungscharakter haben sollte, sondern für die EU-Mitgliedsstaaten rechtlich verbindlich sein müsse. Zuletzt hatten sich die Parlamentarier dafür in einer am 17. Januar 2007 verabschiedeten Resolution ausgesprochen (EU Observer, 18.1.2007). Auch drangen Nichtregierungsorganisationen darauf, dass Waffenexporte nicht nachhaltiges Wirtschaften in den Empfängerländern der Rüstungsgüter gefährden dürfen.

Während der finnischen EU-Ratspräsidentschaft wurde der neue Waffenexport-Kodex am 11. Dezember 2006 zur Abstimmung in den EU-Außenministerrat eingebracht. Doch Frankreich verweigerte seine Zustimmung zu dem überarbeiteten Text. Paris will den neuen Waffenexport-Bestimmungen nur zustimmen, wenn sich die EU im Gegenzug dazu bereit erklärt, das Waffenembargo gegen China aufzuheben. So blockiert Frankreich momentan die Reform des Kodexes für Rüstungsexporte der EU.

## Regierungswechsel in Deutschland schwächt Befürworter einer schnellen Aufhebung des Embargos

Neben dem französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac war es vor allem Bundeskanzler Gerhard Schröder, der für eine schnelle Aufhebung des EU-Waffenembargos warb. Der Bundeskanzler sicherte der chinesischen Führung bei seinem Besuch in Peking am 1. Dezember 2003 zu, sich für eine Aufhebung des Waffenembargos gegen die Volksrepublik China einzusetzen. Er signalisierte in Gesprächen mit Chinas Ministerpräsident Wen Jiabao, es sei „an der Zeit dafür“, die nach einem Massaker an Anhängern der Demokratiebewegung 1989 erlassene Sanktion aufzuheben (dpa, 1.12.2003). Das Embargo war am 26. Juni 1989 verhängt worden, nachdem am 3./4. Juni 1989 Hunderte Demonstranten auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking einem Massaker der chinesischen Volksbefreiungsarmee zum Opfer gefallen waren. Das China von heute sei nicht mehr das der Panzer auf dem Platz des Himmlischen Friedens, hieß es zur Rechtfertigung der Zusage des Bundeskanzlers aus Regierungskreisen. China sei heute ein verlässlicher Partner in den Vereinten Nationen. Doch gerade in vielen führenden Gremien der Weltorganisation betreibt die Volksrepublik ohne Rücksicht auf Menschenrechte, internationale Konventionen und allgemeine sicherheitspolitische Interessen eine verantwortungslose Politik, die sich nur an den eigenen Interessen orientiert. Besonders deutlich wird dies am Beispiel von Chinas Verhalten zum andauernden Völkermord in Darfur im Westen des Sudan. Seit vier Jahren blockiert die Volksrepublik systematisch alle Bemühungen des Weltsicherheitsrates, den Druck auf die sudanesishe Führung zu erhöhen, um den Genozid zu beenden.

Schröders Äußerungen stießen in Deutschland nicht nur in den Medien und bei Menschenrechtsorganisationen auf Kritik. Auch vom Koalitionspartner Bündnis 90 / Die Grünen wurde die Zusage des Bundeskanzlers massiv kritisiert. Der Verteidigungsexperte der Grünen, Winfried Nachtwei, erklärte, es gebe „keine Veranlassung, das Embargo aufzuheben“ (Netzeitung, 1.12.2003). Abgeordnete der CDU, FDP und Grünen kritisierten, Schröder habe seine Ankündigung angesichts der Spannungen zwischen China und Taiwan zum falschen Zeitpunkt gemacht (dpa, 2.12.2003). Die FDP beantragte, der Deutsche Bundestag solle Bundeskanzler Schröder auffordern, „seine angekündigte Initiative zur Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen die Volksrepublik China zurückzunehmen“. Skeptisch äußerte sich neben der Vorsitzenden des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestages, Christa Nickels von Bündnis 90 / Die Grünen, auch die Parteivorsitzende der Grünen, Angelika Beer. Es sei noch „sehr früh“ für deutsche Waffenexporte nach China und eine Aufhebung des Embargos, wird Beer zitiert (dpa, 1.12.2003). Verärgert zeigte sich der grüne Abgeordnete Winfried Hermann: „Der Kanzler macht der Koalition Ärger mit solchen hemdsärmeligen Zusagen“ (Netzeitung, 1.12.2003). Außenminister Joschka Fischer äußerte sich aufgrund der innerparteilichen Proteste in den folgenden Monaten auch sehr viel zurückhaltender als der Bundeskanzler und wies Ende Januar 2004 darauf hin, dass vor einer Aufhebung des Embargos noch ausführlicher über die Lage der Menschenrechte und das Verhältnis der Volksrepublik zu Taiwan gesprochen werden müsse.

Mehrfach sprach sich der Deutsche Bundestag in den Jahren 2004/2005 gegen eine Aufhebung des Embargos aus. Nicht nur aus den Oppositionsfraktionen, sondern auch aus dem Kreis der Regierungsparteien wurde dabei immer deutlicher Kritik an der Haltung des Bundeskanzlers geäußert. Vor allem aus der Partei und Bundestagsfraktion der Grünen gab es immer mehr Widerstand gegen die Regierungspolitik, und im März 2005 sprach sich die Bundestagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen gegen eine Beendigung des Embargos aus. Aber auch in Landesverbänden der SPD sowie in der SPD-Bundestagsfraktion gab es immer deutlichere Kritik am Verhalten des Bundeskanzlers, der nicht mehr auf die geschlossene Unterstützung aller Abgeordneten der Regierungsparteien zählen konnte.

Die kritischen Stimmen mehrten sich noch, nachdem der Nationale Volkskongress Chinas am 14. März 2005 mit überwältigender Mehrheit das „Anti-Abspaltungsgesetz“ verabschiedete, das Taiwan mit militärischen Mitteln droht, sollte es weitere formelle Unabhängigkeitsbestrebungen unternehmen. Gemäß Artikel 2 des Gesetzes ist die chinesische Regierung verpflichtet, eine Loslösung Taiwans aus dem chinesischen Staatsverband mit allen Mitteln zu verhindern. Das Ermächtigungsgesetz verschafft Chinas Regierung eine juristische Legitimation für eine Militärintervention gegen Taiwan und erhöhte damit nochmals die Kriegsgefahr in der Taiwan-Straße. Offenkundig hatte die Volksrepublik jedoch die katastrophale außenpolitische Wirkung des „Anti-Abspaltungsgesetzes“ und der Massenproteste in Taiwan gegen diese neue Drohkulisse unterschätzt.

Die Diskussion um das „Anti-Abspaltungsgesetz“ ließ bei der entscheidenden Debatte über die Zukunft des Waffen-Embargos im Deutschen Bundestag am 14. April 2005 nochmals die Unterstützung für den Bundeskanzler weiter bröckeln. Sogar sein Vizekanzler und Außenminister Joschka Fischer von den Grünen wollte sich angesichts des Drucks aus der eigenen Partei nicht die Position des Kanzlers zu eigen machen. So machte Fischer eine Beendigung des Embargos von mehr religiöser Toleranz, einer Abschaffung der Todesstrafe und einer Ratifizierung des UN-Menschenrechtspaktes durch China abhängig. Eine deutliche Mehrheit der Parlamentarier sprach sich gegen ein Ende des Embargos aus.

Doch auch die mangelnde parlamentarische Unterstützung aus seinen eigenen Reihen ließ den Bundeskanzler nicht umdenken. Stattdessen beharrte er auf seiner „Leitlinien-Kompetenz“ und erklärte in Interviews, dass er sich auch über den Willen des Parlaments hinwegsetzen und weiterhin auf ein Ende des Embargos hinarbeiten werde. Nur wenige Tage vor seinem Ausscheiden aus dem Amt bekräftigte der Bundeskanzler nach einem Treffen mit Chinas Staatspräsident Hu Jintao am 11. November 2005 nochmals, dass er seine Meinung nicht geändert habe (dpa, 11.11.2005).

Seine Amtsnachfolgerin Angela Merkel hingegen hatte als Oppositionspolitikerin mit Blick auf die Menschenrechtsverletzungen in China eine Beendigung des Embargos abgelehnt. Von dieser Position ist sie auch bis heute nicht abgewichen. Mehrfach erklärte sie, dass eine Aufhebung dieser Sanktionen zur Zeit nicht zur Diskussion stehe. Auch bei ihrem ersten China-Besuch im Mai 2006 zeigte sich die Bundeskanzlerin besorgt über die Lage der Menschenrechte in der Volksrepublik.

## EU verständigt sich nicht auf Beendigung der Sanktionen

In einem am 13. Oktober 2003 veröffentlichten Grundsatzpapier des chinesischen Außenministeriums zum Verhältnis der Volksrepublik China zur EU hatte Peking die Aufhebung des Waffenembargos gefordert. China bezeichnete es als „Relikt des Kalten Krieges“, das „nicht im Interesse der Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und der Volksrepublik China ist“ (AFP, 9.3.2004). Schon zuvor hatte sich Frankreichs Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie bei einem Besuch in Peking am 30. Juni 2003 für ein Ende des Embargos sowie für einen Ausbau der militärischen Zusammenarbeit ausgesprochen. So schlug die französische Ministerin auch vor, China geheime Militärtechnologie zur Verfügung zu stellen (Hindustan Times, 14.10.2003). Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac sicherte der chinesischen Führung bei einer Visite des chinesischen Partei- und Staatschefs Hu Jintao in Paris im Januar 2004 nochmals die uneingeschränkte Unterstützung seines Landes in dieser Frage zu. „Dieses Embargo macht nicht länger irgendeinen Sinn“, befand Präsident Chirac auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem chinesischen Amtskollegen (AP, 27.1.2004). Der französische Außenminister Dominique de Villepin bekräftigte diese Einschätzung, indem er erklärte: „Unser Gefühl ist, dass dieses Embargo

aus einer Zeit der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und China stammt, die heute überholt ist. China ist heute ein privilegierter Partner der EU und hat eine bedeutende und verantwortungsvolle Position in der internationalen Staatengemeinschaft" (BBC, 26.1.2004). In diesem Sinne hat Frankreich seinen EU-Partnern im Jahr 2004 ein vierseitiges Memorandum mit dem Titel „Überlegungen zur Zukunft der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und China“ übermittelt, in dem es heißt: „Der Aufbau einer ‚Strategischen Partnerschaft‘ bedeutet, dass man sich abkehrt von einer Logik des Strafens und der Sanktionen“ (Le Monde, 12.3.2004). Frankreichs Oppositionsführer, der Vorsitzende der Sozialistischen Partei, Francois Hollande, zeigte sich „schockiert“ vom Verhalten Chiracs: „Ich verstehe nicht, wie die französische Regierung ein Verfahren zur Aufhebung des Waffenembargos gegen China einleiten kann, wenn ein Konflikt mit Taiwan möglich ist“ (AFP, 29.1.2004).

Es war auch Frankreichs Staatspräsident Chirac, der sich auf einem EU-Gipfel in Brüssel im Dezember 2003 für eine Erörterung des Themas im Rat der EU-Außenminister am 26. Januar 2003 einsetzte (NZZ, 26.1.2004). Dänemarks Premierminister Anders Fogh Rasmussen erklärte sich ebenfalls grundsätzlich bereit, einem Ende des Embargos zuzustimmen. „Wir wollen in konstruktiver Weise zu einer Lösung bei der Aufhebung des Embargos beitragen, in dem wir es mit einem Fortschritt in Menschenrechtsfragen in China verbinden“, sagte er (AFP, 1.3.2004). Der damalige Präsident der Europäischen Kommission Romano Prodi, der EU-Kommissar für Außenbeziehungen, Christopher Patten, und der EU-Kommissar für Handel, Pascal Lamy, sprachen sich im Vorfeld dieser Erörterungen für eine Aufhebung des Embargos aus. „Es ist sehr deutlich, dass sich die Lage in China dramatisch verändert hat und dass die neue Führung (in China) eine neue Generation vertritt“, erklärte Patten (People's Daily, 27.1.2004). Die Menschenrechtssituation in China habe sich seit der Verhängung des Embargos verbessert, selbst wenn die EU auch noch nicht vollkommen zufrieden sei mit der Menschenrechtssituation, ergänzte der EU-Kommissar für Außenbeziehungen.

Alle Staaten äußerten in der Sitzung der EU-Außenminister am 26. Januar 2004 grundsätzlich ihre Bereitschaft zur Aufhebung des Embargos. Angesichts der Menschenrechtssituation sowie der gespannten Beziehungen Pekings zu Taiwan bestand jedoch weiterer Klärungsbedarf, so dass in Brüssel Ende Januar noch keine endgültige Entscheidung gefasst wurde. Fachkomitees wurden von den Außenministern mit der Ausarbeitung von Studien beauftragt. Weithin wurde damit gerechnet, dass sich die EU um eine Beendigung der Sanktionen kümmern würde, bevor zum 1. Mai 2004 zehn neue Mitgliedstaaten in die Europäische Union aufgenommen werden sollten. Doch die Terroranschläge von Madrid und die nachfolgende Anti-Terror-Diskussion in der EU verschoben den Zeitplan so sehr, dass eine Aufhebung des Embargos vor Mai 2004 scheiterte.

Durch die zeitliche Verzögerung verschlechterten sich die Chancen für eine Aufhebung des Embargos spürbar. Denn mit der Aufnahme der zehn neuen Mitgliedstaaten zum 1. Mai 2004 wurde die Entscheidung schwieriger, da auch die Regierungen dieser Länder nun der Aufhebung des Embargos zustimmen mussten. Da sich unter den aufgenommenen Staaten mit Polen, Tschechien, Ungarn und den baltischen Ländern auch enge Verbündete der USA befanden, die schwerwiegende Vorbehalte gegenüber der Beendigung der Sanktionen haben, rückte ein gemeinsames positives Votum aller Staaten in immer größere Ferne.

Auch im Jahr 2005 konnten sich die Befürworter einer Beendigung der Strafmaßnahmen nicht durchsetzen, da die eng mit den USA kooperierende britische Regierung während ihrer EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2005 jeden Misston im transatlantischen Verhältnis vermeiden wollte. Mit dem Ausscheiden von Bundeskanzler Gerhard Schröder aus der Regierungsverantwortung ist heute nur noch Frankreich besonders aktiv, um die vollständige Rehabilitation der Volksrepublik voranzubringen.

## China ist ein bedeutender Rüstungsexportmarkt

Die EU-Staaten Frankreich, Deutschland und Großbritannien zählen zu den führenden Waffenexporteuren der Welt. Im Zeitraum zwischen 1998 und 2002 belegten sie nach Erkenntnissen des Internationalen Friedensforschungsinstituts SIPRI in Stockholm die Plätze drei bis fünf unter den weltweit bedeutendsten Waffenexporteuren (SIPRI Yearbook 2003). 90 Prozent aller EU-Waffenexporte stammen aus den Ländern Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Italien, Spanien und Schweden.

Frankreich erwartet in den kommenden Jahren eine Stagnation des Weltrüstungsmarktes, erklärte die französische Verteidigungsministerin bei der Vorlage eines Berichtes zur Entwicklung des internationalen Rüstungsmarktes im Sommer 2003 (Le Monde, 3.9.2003). Nur in Asien und den Staaten des Persischen Golfs könne mit einer Zunahme der Waffenimporte gerechnet werden, wird in dem Bericht prophezeit. „Die europäische Verteidigungsindustrie braucht Aufträge und es gibt nicht viele Märkte, die solvent sind“, erklärt Andrew Brookes, Wissenschaftler beim internationalen Institut für Strategische Studien in London (AFP, 27.1.2004). Zwar hat die französische Rüstungsindustrie aufgrund des internationalen Kampfes gegen den Terrorismus im Jahr 2002 von einer Zunahme ihrer Aufträge im Umfang von zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr profitiert (Le Monde, 1.7.2003). Doch ist dies angesichts der Konzentration in der europäischen Rüstungsindustrie nicht ausreichend. So weckt insbesondere bei französischen Rüstungsfirmen der asiatische Markt große Begehrlichkeiten. Dies bekräftigten nochmals Vertreter französischer Rüstungsunternehmen während der Luftfahrtschau „Asian Areospace 2004“ in Singapur im Februar 2004 (AFP, 23.2.2004 / La Liberté, 27.1.2004). Frankreich, dessen Wirtschaftsbeziehungen mit der Volksrepublik bislang im Vergleich zu Deutschland recht bescheiden blieben, hat daher größtes Interesse neue Aufträge für die französische Industrie zu beschaffen, die unter einer nachlassenden Binnen- und Exportnachfrage leidet. So äußerte man sich in Paris auch zufrieden über den Besuch des chinesischen Staats- und Parteichefs Hu Jintao, der bei seinem prunkvollen Empfang in Paris den Kauf von 21 Airbus-Verkehrsflugzeugen für die chinesische Fluggesellschaft China Southern Airlines ankündigte (Europe 1, 27.1.2004).

Nach dem zweiten Golfkrieg musste China 1991 feststellen, dass seine Armee vollkommen veraltet und in militärischen Konflikten nicht wirksam einzusetzen war. Gezielt wird seither die Modernisierung der Streitkräfte vorangetrieben. Offizielle Zuwachsraten des Verteidigungshaushalts von 17,6 Prozent und 17,7 Prozent in den Jahren 2001 und 2002 wurden nach Einschätzung von Experten in der Realität noch weit überschritten (AFP, 27.1.2004). Im Jahr 2001 war die Volksrepublik nach Recherchen von SIPRI der bedeutendste Waffenimporteure der Welt mit einem Zuwachs gegenüber dem Jahr 2000 von 44 Prozent (SIPRI Yearbook 2002, Kapitel 8, International arms transfers). Im Jahr 2003 soll nach offiziellen Angaben der Verteidigungshaushalt Chinas um 11,6 Prozent steigen, doch die tatsächliche Steigerungsrate dürfte weit höher liegen (Reuters, 5.3.2004). Experten des US-Kongresses weisen darauf hin, dass diese Zahlen die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung neuer Waffensysteme sowie für den Kauf von Rüstungsgütern im Ausland regelmäßig nicht berücksichtigen (Annual Report on the Military Power of the People's Republic of China, US-Congress, 28.7.2003, S. 41). Rüstungskäufe im Ausland werden von Devisenzuwendungen des Staatsrates beglichen. Statt der für 2002 öffentlich erklärten 20 Milliarden US-Dollar könnte nach Einschätzung des US-Kongresses der tatsächliche Aufwand rund 65 Milliarden US-Dollars umfassen. Damit würden weltweit nur die USA noch mehr für ihren Verteidigungshaushalt aufwenden. In Asien wäre China der Staat mit dem größten Verteidigungsbudget. Die Analysten des US-Kongresses erwarten eine Verdrei- oder Vervielfachung der realen Aufwendungen Chinas für die Verteidigung bis zum Jahr 2020.

Im Gegensatz zu den offiziellen chinesischen Verlautbarungen, die immer den defensiven Charakter der chinesischen Streitkräfte betonen, nimmt die Fähigkeit Chinas zu einer offensiven Kriegsführung mit jedem weiteren

Schritt der Modernisierung zu. Nur rund die Hälfte der für die Modernisierung der Streitkräfte benötigten Rüstungsgüter stammt aus chinesischer Produktion. Der Rest wird aus dem Ausland eingeführt. Hauptlieferanten sind aufgrund des Embargos Russland und Israel. Russland liefert U-Boote, Kampfflugzeuge, Jagdflugzeuge, Panzer, Artilleriegeschütze und Flugabwehrsysteme. Israel stattet China mit kleineren Waffensystemen und Kontrollapparaten aus (BBC, 10.4.2000). Gerne würde man aus Israel noch mehr Rüstungsgüter nach China liefern, doch Israel darf seinen wichtigsten Bündnispartner USA nicht zu sehr verärgern. Im April 2000 brach offener Streit zwischen Washington und Jerusalem über den geplanten Verkauf von vier Radarüberwachungsflugzeugen vom Typ Phalcon von Israel an China aus (BBC, 3.4.2000 / How America's friends are building China's military power, Richard D. Fisher, The Heritage Foundation, Background, 5.11.1997). Um seine umfangreiche Militärhilfe aus den USA nicht zu gefährden, zog sich Israel aus dem Rüstungsgeschäft zurück. Am 2. Januar 2003 berichtete die angesehenere israelische Tageszeitung Ha'aretz, Israel werde mit Rücksicht auf die Gefährdung Taiwans keine Waffen oder Sicherheitssysteme mehr an China verkaufen (BBC; 2.1.2003).

Die Volksrepublik ist sehr an Rüstungsgeschäften mit der Europäischen Union interessiert, nicht nur um sich aus der Abhängigkeit von Russland zu lösen, zu dem die bilateralen Beziehungen nicht immer einfach sind. China zieht es vor, aus sehr unterschiedlichen Staaten Rüstungsgüter zu beziehen, um sich nicht zu sehr in Abhängigkeit zu begeben. Selbst wenn diese Streuung der Rüstungskäufe langfristig sehr aufwendig ist, da die Wartung unterschiedlicher Waffensysteme äußerst kostspielig ist. Sehr zum Ärger der chinesischen Führung war Russland nicht bereit, das hochmoderne Kampfflugzeug vom Typ SU-35 an China zu liefern. Auch behält Russland immer wieder zum Ärger Chinas zentrale Bestandteile der Waffentechnik zurück (NZZ, 4.3.2002). Insbesondere interessieren China High-Tech-Waffen, Satelliten gesteuerte Navigationssysteme und Trägerraketen (Le Monde, 15.10.2003). Solche ausgefeilten Rüstungssysteme sind auf dem internationalen Rüstungsexportmarkt außerhalb Europas und der USA nicht einfach zu bekommen. Besonderes Interesse signalisierte Peking an dem in Frankreich entwickelten Kampfflugzeug Rafale (AFP, 27.1.2004). Große Bedeutung misst China auch der Zusammenarbeit mit der EU bei der Entwicklung des Galileo-Satellitensystems bei (AFP, 30.10.2003 / People's Daily, 26.9.2003 und 25.2.2004). Die im Herbst 2003 vereinbarte Kooperation Chinas mit der EU bei der Entwicklung Galileos interessiert Peking besonders, da es das US-amerikanische Monopol des Satelliten-Navigationssystems GPS brechen möchte.

## Europäisches Parlament verlangt Aufrechterhaltung des Embargos

Mehrfach hatten sich die Europaparlamentarier in den letzten Jahren für eine Beibehaltung der Sanktionen ausgesprochen. Als Frankreich 1997 drängte, das Verhältnis zu China zu normalisieren und eine breitere Zusammenarbeit mit der Volksrepublik anzustreben, bekräftigte das Europaparlament in einer am 12. Juni 1997 verabschiedeten Resolution sein Nein zu einer Aufhebung des Waffenembargos. Nachdrücklich forderten die Parlamentarier in der Resolution den Europäischen Rat auf, sich bei den EU-Mitgliedstaaten über die Maßnahmen zu informieren, die ergriffen wurden, um eine Beachtung des Embargos zu gewährleisten. Angesichts der „unbefriedigenden Menschenrechtslage“ sprach sich das Europaparlament am 18. Dezember 2003 mit überwältigender Mehrheit (373 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen, 29 Enthaltungen) in einer Resolution für die Aufrechterhaltung des Embargos aus (Ansa, 18.12.2003). „China hat noch einen langen Weg vor sich, um Demokratie einzuführen und den Schutz der Menschenrechte zu gewährleisten und um uns zu überzeugen, dass es ein friedlicher Partner in der internationalen Gemeinschaft ist“, erklärte der Abgeordnete der britischen Konservativen, Geoffrey Van Orden. „Es ist voreilig, jetzt irgendeine Aufhebung des Waffenembargos zu erwägen“, warnte der britische Europaparlamentarier (Reuters, 17.12.2003). Als „empörend“ bezeichnete der britische Vorsitzende der Liberalen Fraktion im Europaparlament,

Graham Watson, die geplante Beendigung des Embargos: „Das Waffenembargo ist eines der wenigen Druckmittel, das europäische Regierungen noch haben, um Druck auf die Chinesen auszuüben“ (AP, 26.1.2004).

Der Vorsitzende der Gruppe der Grünen im Europaparlament, Daniel Cohn-Bendit, bezeichnete es als „skandalös“, dass Frankreich eine Aufhebung des Embargos betreibt. „Das Embargo ist die einzige politische Waffe, um China zu bedeuten, dass sein Verhalten gegenüber Tibet und Taiwan nicht den Normen des Völkerrechts entspricht“, erklärte der Parlamentarier (Presseerklärung Cohn-Bendit, 26.1.2004). „Der Schutz der Menschenrechte muss unser oberstes Ziel bleiben. Die Aufhebung des Embargos wäre ein schwerer Schlag für alle, die sich in China für Freiheit und Menschenrechte einsetzen“, betonte der Abgeordnete der französischen Grünen. Cohn-Bendit trat bei der Wahl zum Europaparlament im Juni 2004 als Spitzenkandidat der Grünen in Deutschland an.

Der deutsche CDU-Europaparlamentarier Michael Gahler warf Deutschland und Frankreich aufgrund ihres gemeinsamen Vorstoßes zur Aufhebung des Embargos eine „egoistische Verschwörung“ vor (Reuters, 17.12.2003).

## Europa spricht nicht mit einer Stimme

Frankreichs Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie bekräftigte noch im März 2007 bei einem Besuch in Peking ihre Entschlossenheit, sich für eine Aufhebung des Embargos einzusetzen. Erneut betonte die Ministerin, ein Festhalten an den Sanktionen sei „unlogisch“ und widerspreche den europäischen und französischen Interessen (AFP, 15.3.2007). Ein Waffenembargo sei technisch ungerechtfertigt, da die EU nun über Rüstungsexportbestimmungen verfüge (Reuters, 19.3.2007). Doch mit dieser Position steht Frankreich isoliert in der EU dar.

Für Ausländer ist es besonders schwierig, die komplexen Meinungsbildungsprozesse in der EU kontinuierlich zu verfolgen. Denn die drei wichtigsten Gremien der EU sprechen auch in der Embargo-Frage nicht mit einer Stimme. So lehnt das Europäische Parlament strikt jede Aufhebung der Sanktionen ab, während von der Europäischen Kommission unterschiedliche Äußerungen kommen. So plädiert der frühere Kommissionspräsident und heutige italienische Premierminister Romani Prodi seit Jahren für ein Ende der Sanktionen. Auch der Sicherheitsexperte Xavier Solana würde das Embargo gerne aufheben, um die „Strategische Partnerschaft“ mit China voranzutreiben. Die für Auswärtige Angelegenheiten zuständige EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner nannte hingegen drei Bedingungen, nach deren Erfüllung durch Peking erst die Sanktionen gestrichen werden könnten. So müssten die letzten Gefangenen des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Juni 1989 freigelassen und die Arbeitslager abgeschafft werden. Außerdem müsse China die UN-Konvention zum Schutz der bürgerlichen und politischen Rechte ratifizieren (Radio Free Europe, 18.1.2007). Bis jetzt habe es bei diesen Fragen noch keine Fortschritte gegeben, stellte Ferrero-Waldner im Januar 2007 fest (FAZ, 19.1.2007). Auch im EU-Ministerrat ist das Stimmungsbild momentan vielschichtig.

## Ausland appelliert für Aufrechterhaltung des Embargos

Dass Taiwan und die USA die EU nachdrücklich auffordern, die Sanktionen gegen die Volksrepublik nicht zu beenden, kann nicht überraschen. Sicherheitspolitisch sind Taiwan und die USA so eng miteinander verbunden, dass sie von einem Ausbruch bewaffneter Konflikte in der Taiwan-Straße am meisten betroffen wären. Am 13. März 2007 wiederholte Taiwans Staatspräsident Chen Shui-bian nochmals seinen Aufruf an die EU, das Embargo aufrechtzuerhalten (AFP, 13.3.2007).

Mehr überraschte der deutliche Appell Japans an die EU, die Sanktionen nicht aufzuheben. Japans Premierminister Shinzo Abe äußerte bei einem Besuch bei der EU-Ratspräsidentin Angela Merkel in Berlin am 10. Januar 2007 seine Besorgnis über die „rapide Aufrüstung Chinas“ (tageszeitung, 11.1.2007). Die Bundeskanzlerin versicherte Abe, dass die EU momentan nicht an eine Aufhebung des Embargos denke. Peking reagierte äußerst verärgert auf Abes Appell und bezeichnete sein Verhalten als Provokation (Bloomberg, 18.1.2007).

Auch Russland hat kein Interesse an einem Ende des Embargos, da China bislang 95 Prozent seiner Rüstungseinkäufe in diesem Nachbarland vornimmt. Würde China auch in der EU Waffensysteme erwerben können, müsste Russlands Rüstungsindustrie empfindliche Verkaufseinbußen hinnehmen.

## Lage der Menschenrechte noch immer katastrophal

Neben der Sicherheitslage in Ostasien machen viele EU-Regierungen ihre Zustimmung zu einer Aufhebung des Waffenembargos von einer Verbesserung der Menschenrechtslage in China abhängig. Weniger als 500 Tage vor Beginn der Olympischen Spiele in Peking im Sommer 2008, bei dem sich China dem Ausland als weltoffene Großmacht präsentieren möchte, bemüht sich die Volksrepublik um ein besseres Image in Menschenrechtsfragen. So trat am 1. Januar 2007 ein Dekret in Kraft, das ausländischen Journalisten während der Olympischen Spiele freiere Berichterstattung erlaubt. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die chinesische Führung zukünftig weltweit anerkannte Grundregeln der Pressefreiheit respektieren wird. Denn kaum werden die Journalisten von den Olympischen Spielen abgereist sein, wird China ausländische Journalisten wieder mit harter Hand gängeln und zensieren, denn die liberaleren Pressebestimmungen werden bereits am 17. Oktober 2008 ihre Gültigkeit verlieren. Profitieren können von diesen liberaleren Pressebestimmungen auch nur ausländische Journalisten, ihre chinesischen Kollegen unterliegen weiterhin der strikten Zensur. Auch gelten diese Lockerungen der Zensur nur für die Berichterstattung aus Peking, wer als ausländischer Journalist nach Tibet oder Xinjiang/Ostturkistan reisen möchte, muss dafür eine spezielle Genehmigung beantragen.

Immer wieder kommt es zu Verhaftungen ausländischer oder chinesischer Journalisten, die zu kritisch berichteten. Ein Berufungsgericht in Peking bestätigte am 24. November 2006 eine fünfjährige Haftstrafe für den chinesischen Journalisten Ching Cheong, der in einem unfairen Gerichtsverfahren wegen „Spionage“ für Taiwan verurteilt worden war. Nicht anders erging es dem chinesische Rechercheur der US-Tageszeitung New York Times, Zhao Yan, dessen dreijährige Haftstrafe am 1. Dezember 2006 von einer Berufungsinstanz bestätigt wurde. Zhao Yan sollte ursprünglich wegen des Verrats von „Staatsgeheimnissen“ belangt werden. Doch diese Anklage konnte nicht aufrechterhalten werden, so wurde er wegen „Betrugs“ bestraft. In den Willkürprozessen sehen Journalisten nur einen weiteren Versuch der Behörden, Medienvertreter einzuschüchtern und Wohlverhalten zu erzwingen.

Am 12. Januar 2007 hat die Staatliche Behörde für Radio, Film und Fernsehen 20 Themen bekannt gegeben, über die nicht öffentlich ohne Zustimmung der Behörden berichtet werden darf. Dazu zählen neben Tibet, Xinjiang, die unterdrückte und verfolgte Glaubensgemeinschaft Falun Gong, die Kampagne gegen Rechtsabweichler und Staatsterroristen, die Medienfreiheit und Kampagnen für die Durchsetzung oder den Schutz von Rechten. Über politisch heikle Ereignisse und historische Jahrestage darf nur nach vorheriger Genehmigung durch die Behörden berichtet werden. Auch führte die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit der Kommunistischen Partei am 9. Februar 2007 ein Punkte-System im Stil der Flensburger Verkehrssünder-Kartei für Printmedien ein. Jedes Printmedium soll 12 Punkte zugeteilt bekommen. Bei Verletzung der strikten Zensurbestimmungen sollen zur Strafe Punkte von diesem Konto abgezogen werden. Die Höhe des Punkteabzuges soll zukünftig ein Komitee,

dem Mitarbeiter des Presseamtes der chinesischen Regierung sowie der Presseabteilung der Kommunistischen Partei angehören, bestimmen. Wenn alle zwölf Punkte verloren wurden, muss der Betrieb geschlossen werden.

Auch bei der Unterdrückung der Internetfreiheit perfektioniert die Volksrepublik ihre Repression immer mehr. So ordneten die Behörden Mitte Februar 2007 an, dass in diesem Jahr keine weiteren Internet-Cafés eröffnet werden dürfen. Alle Internetcafés in Peking müssen mit Überwachungskameras ausgestattet werden, um lückenlos die Nutzung aller Computer überprüfen zu können, ordneten die Behörden am 23. November 2006 an. Nach offiziellen Informationen löschte die staatliche Chinesische Internet Vereinigung 2.745 Berichte im Internet im Jahr 2006, weil die Berichte falsche Inhalte enthalten haben oder „schädlich“ gewesen sein sollen (People's Daily, 30.1.2007). Jede Woche werden Websites wegen unerwünschter Berichterstattung geschlossen, Internet-Journalisten verhaftet. Der Blog des bekannten tibetischen Dissidenten Woese wurde am 6. Februar 2007, nur einen Tag nach seiner Einrichtung, gesperrt (Radio Free Asia, 9.2.2007). Manche Websites werden immer wieder geschlossen. So wurde eine im November 2005 eingerichtete Homepage am 11. Januar 2007 zum 13. Mal gesperrt (Radio Free Asia, 12.1.2007).

## Kein Fortschritt in der Tibet-Frage

Nach fünf Verhandlungsrunden zwischen Unterhändlern des Dalai Lama und offiziellen chinesischen Vertretern seit September 2002 zog der Sondergesandte des Dalai Lama, Lodi Gyaltzen Gyari, im November 2006 eine kritische Bilanz. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen tibetischen und chinesischen Vertretern seien „scheinbar unüberwindbar“, räumte Lodi Gyari ein, der bislang die Chancen der Gespräche immer optimistisch bewertet hatte. Der hochrangige tibetische Vertreter beklagte vor allem das mangelnde Vertrauen Chinas in den Dalai Lama. So vertraut China insbesondere nicht der Forderung des höchsten politischen und religiösen Würdenträgers der Tibeter nach einer tatsächlichen Autonomie und unterstellt dem ihm, weiterhin einen unabhängigen Staat Tibet anzustreben. Systematisch versuchen die chinesischen Behörden, Gefolgsleute des Dalai Lama zu bedrängen und zu kriminalisieren sowie alle Spuren des Dalai Lama in Tibet zu verwischen. So wurde der Besitz von Fotos des Dalai Lama verboten und regelmäßig betreiben offizielle chinesische Medien eine Verleumdungskampagne gegen das Oberhaupt der Tibeter.

Derweil hält die Repression im chinesisch kontrollierten Tibet weiter an. Am 8. Januar 2007 wurde der buddhistische Mönch Jamyang Gyatso aus dem Kloster Bora verhaftet. Ihm wird vorgeworfen, tibetische Sendungen von Radio Free Asia gehört zu haben (Radio Free Asia, 26.1.2007). Die chinesischen Behörden haben ihre Kontrollen tibetische Klöster nun so perfektioniert, dass jetzt jedes Kloster von Persönlichkeiten geleitet wird, die zur Kooperation mit den Behörden bereit sind. Wer sich von den Nonnen und Mönchen nicht schriftlich von dem Dalai Lama distanzierte, musste das Kloster verlassen.

Im Oktober 2006 demonstrierten tibetische Studienabsolventen in der Stadt Lhasa gegen ihre Diskriminierung bei der Vergabe von Arbeitsstellen im Öffentlichen Dienst. Die Studenten hatten sich auf 100 Arbeitsstellen beworben, doch nur zwei Tibeter wurden letztlich eingestellt. Die weiteren 98 Arbeitsplätze wurden an Han-Chinesen vergeben (Phayul.com, 8.11.2006).

## Uiguren leiden unter willkürlicher Verfolgung

Die im Nordwesten Chinas lebenden muslimischen Uiguren sind die einzige Nationalität in dem Vielvölkerstaat, deren Angehörige noch immer gezielt Opfer von politisch motivierten Hinrichtungen werden. So wurde am 8.

Februar 2007 Ismail Semed hingerichtet, der wegen „staatsfeindlicher Aktivitäten“ und „Separatismus“ zum Tode verurteilt worden war (Radio Free Asia, 8.2.2007). Semed hatte schon zwei Haftstrafen in China wegen seines Einsatzes für die Rechte der Uiguren verbüßt. Später war er nach Pakistan geflohen, von den pakistanischen Behörden jedoch nach China abgeschoben worden. Seit Mitte der 90-er Jahre sind mehr als 700 Uiguren aus politischen Gründen hingerichtet worden. In seinem Gerichtsverfahren hatte Semed sein zuvor abgegebenes „Geständnis“ widerrufen, weil er es unter Zwang unterzeichnet habe. Folter zur Erpressung von Geständnissen ist in Chinas Polizeistationen und Untersuchungsgefängnissen noch immer an der Tagesordnung.

Im April 2007 wurde der in Kanada im Exil lebende Uigure Huseyin Celil von einem Gericht in Urumtschi wegen „terroristischer Aktivitäten“ und „Separatismus“ zu lebenslanger Haft verurteilt (Reuters, 19.4.2007). Der heute 37 Jahre alte Uigure war Mitte der 90-er Jahre vor Verfolgung nach Kanada geflohen, wo er politisches Asyl erhielt. Im November 2005 wurde er als Kanadier eingebürgert. Als er im März 2006 Verwandte in Usbekistan besuchte, wurde er festgenommen und im Juni 2006 nach China abgeschoben. Kanadische Diplomaten wurden daran gehindert, seinen Prozess im Gericht zu verfolgen.

Nach offiziellen chinesischen Angaben wurden 15.000 Uiguren in den Jahren 2005/2006 wegen „staatsfeindlicher Aktivitäten“ und „Separatismus“ verhaftet. Selbst wer sich nur für religiöse und kulturelle Rechte der Uiguren einsetzt, riskiert langjährige Freiheitsstrafen oder eine Verurteilung zum Tode. Pauschal werden alle uigurischen Menschenrechtler und Aktivisten der „Unterstützung des Terrorismus“ beschuldigt. Auch Sippenhaft ist weit verbreitet. So wurde einer der Söhne der im US-Exil lebenden uigurischen Menschenrechtlerin Rebiya Kadeer, Ablikim Abdureyim, am 17. April 2007 wegen „Anstiftung zu secessionistischen Aktivitäten“ zu neun Jahren Haft verurteilt (www.laogai.org, 17.4.2007). Der 33 Jahre alte Ablikim wurde im Gefängnis so schwer geschlagen, dass er Verletzungen erlitt. Doch die Behörden verweigerten ihm medizinische Behandlung. Der jüngste Sohn Kadeers, Alimu Abdureyim, war im Herbst 2006 wegen „Steuerhinterziehung“ zu sieben Jahren Haft und 62.500 US-Dollar Geldstrafe verurteilt worden (Xinhua, 27.11.2007). Ein weiterer Bruder, Kahar Abdureyim, wurde wegen Steuerhinterziehung zu einer Geldstrafe von 12.500 US-Dollar verurteilt. Mit der Repression gegen ihre Familienangehörigen soll die Präsidentin des Weltkongresses der Uiguren getroffen werden, die in den Augen der chinesischen Behörden eine herausragende Stellung im Widerstand der Uiguren gegen Chinas Repression besitzt. Die frühere chinesische Parlamentsabgeordnete war Ende der 90-er Jahre in Ungnade gefallen, nachdem ihr Mann in den USA Zuflucht gesucht hatte. Da sie sich weigerte, sich von ihm zu trennen, verlor sie alle ihre Ämter und wurde unter dem Vorwand des Verrats von Staatsgeheimnissen zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Aufgrund massiven internationalen Drucks wurde die herzkrank politische Gefangene im Jahr 2006 aus der Haft entlassen und in die USA abgeschoben.

Auch der Druck der Behörden auf muslimische Würdenträger der Uiguren hält weiter an. Nach der Schließung von zahlreichen Koranschulen und Moscheen, der zwangsweisen religiösen Umerziehung von Imamen und der Verbrennung von religiösen Schriften ordneten die chinesischen Behörden im Oktober 2006 an, dass zukünftig muslimische Mekka-Pilger nur noch eine Genehmigung für die Ausreise nach Saudi-Arabien erhalten, wenn sie sich einer staatlich kontrollierten Reisegruppe anschließen (South China Morning Post, 24.10.2006).

## Werden Arbeitslager reformiert?

Seit dem Jahr 2005 wird im Nationalen Volkskongress eine Reform der Arbeitslager diskutiert. Doch auch 50 Jahre nach Einführung der Administrativhaft wird nicht ernsthaft über ihre vollständige Abschaffung beraten,

sondern über ihre Reform. Gemäß der Administrativhaft kann die Polizei jede Person aufgrund geringerer Vergehen ohne richterlichen Beschluss bis zu vier Jahre in ein Arbeitslager einweisen. Zehntausende Falun Gong-Praktizierende wurden in den letzten fünf Jahren in Arbeitslager eingewiesen. Nun wird erwogen, die Höchststrafe von vier Jahren auf 18 Monate zu verringern. Auch wurde im Nationalen Volkskongress im Jahr 2007 ein Gesetzentwurf eingebracht, der vorsieht, dass zukünftig eine Einweisung in ein Arbeitslager nur noch von Richtern ausgesprochen werden kann. Doch auch eine solche Reform wird der Willkür in der Verfolgung Andersdenkender keinen Einhalt gebieten können. Denn in China ist die Unabhängigkeit der Justiz nicht garantiert. Ein deutliches Indiz für die mangelnde Rechtsstaatlichkeit der chinesischen Justiz ist die Tatsache, dass in der Volksrepublik 99 Prozent aller Angeklagten auch verurteilt werden.

Außerdem bekräftigte einer der bedeutendsten Rechtsexperten der Volksrepublik, das Politbüro-Mitglied und der Vorsitzende des Justizausschusses der Kommunistischen Partei, Luo Gan, jüngst in einem Interview, dass an dem Laogai-System auf jeden Fall festgehalten werden müsse (Voice of America, 1.3.2007).

## Todesstrafe soll eingeschränkt werden

Im Rahmen einer „Reform“ der Todesstrafe wurde von der chinesischen Legislative am 31. Oktober 2006 beschlossen, dass ab dem 1. Januar 2007 alle von Provinzgerichten ausgesprochenen Todesurteile vom Obersten Volksgerichtshof noch bestätigt werden müssen. So wird vielleicht die Zahl der Hinrichtungen etwas gesenkt werden können, aber die so genannte „Reform“ greift zu kurz, da weiterhin geheim gehalten wird, wie viele Menschen zum Tode verurteilt und hingerichtet werden. Noch immer können in der Volksrepublik 68 Verbrechen mit einem Todesurteil geahndet werden. Statt die Zahl der Verbrechen, die mit dieser Höchststrafe geahndet werden, zu verringern, wird nur die Zuständigkeit für die Verhängung der Strafe geändert. Solange es jedoch keine unabhängige Justiz gibt und Geständnisse noch immer unter Folter erpresst werden, ist dies der falsche Weg, um wirksam den exzessiven Missbrauch der Todesstrafe in der Volksrepublik einzudämmen. Denn in China werden noch immer mehr Menschen hingerichtet als in allen anderen Ländern zusammen, die noch heute die Todesstrafe anwenden.

## Religiöse Unterdrückung dauert an

Obwohl in der chinesischen Verfassung die Religionsfreiheit garantiert ist, werden Gläubige, die ihren Glauben nicht in den staatlich kontrollierten Religionsgemeinschaften praktizieren, systematisch an der Ausübung ihrer Glaubensfreiheit gehindert. Chinas atheistische Staatsführung verfolgt mit großer Besorgnis die zunehmende Zahl von Gläubigen. Die Volksrepublik erlebt momentan einen religiösen Boom. Während das offizielle China die Zahl der Gläubigen mit rund 100 Millionen beziffert, gehen unabhängige chinesische Schätzungen auf der Grundlage von Umfragen nun von 300 bis 400 Millionen Gläubigen aus (APD. 4.4.2007).

Besonders schwierig ist die Lage für die Praktizierenden der Glaubensgemeinschaft Falun Gong. Mehr als 3.000 Falun Gong-Anhänger starben seit dem Verbot der Glaubensgemeinschaft im Juli 1999 im Gewahrsam der Sicherheitsbehörden.

Doch auch die offiziell nicht anerkannten protestantischen Hauskirchen werden massiv bedrängt. Priester und Gläubige werden regelmäßig verhaftet, Gebetsräume werden geschlossen. In den letzten Monaten wurden

besonders viele Übergriffe in Xinjiang registriert. So wurde am 18. Oktober 2006 in Urumtschi die Gläubige Tian Maishi festgenommen und drei Wochen lang festgehalten. Am 20. Oktober 2006 drangen Sicherheitskräfte in der Stadt Yili in einen Gebetsraum ein und nahmen zehn Gläubige fest. Fünf der Verhafteten wurden elf Tage lang festgehalten. 34 Hauskirchen-Mitglieder wurden verhört, nachdem am 26. Oktober 2006 in Urumtschi gewaltsam ein Bibelkurs aufgelöst worden war. Während früher massiv Gläubige verhaftet wurden, haben die Behörden in den letzten Monaten ihr Vorgehen geändert, und schüchtern nun gezielt Kirchenführer ein (The Christian Post, 2.2.2007).

Am 23. Dezember 2006 wurden acht Christen in der Provinz Zhejiang wegen „Aufwiegelung“ und „Störung der öffentlichen Ordnung“ zu Haftstrafen verurteilt. Die Christen hatten gegen die Zerstörung einer nicht genehmigten Kirche protestiert. Pastor Shen Zhuke erhielt eine dreieinhalbjährige Haftstrafe, Pastor Wang Weiliang muss für drei Jahre ins Gefängnis, Feng Guangliang wurde zu zwei Jahren Haft verurteilt und Luo Bingliang muss ein Jahr im Gefängnis verbüßen (Reuters, 23.12.2006).

Schwierig ist aber auch die Lage der Katholischen Kirche, die aufgrund ihrer engen Beziehungen zum Papst in Rom vom offiziellen China besonders misstrauisch verfolgt wird. Zwar erklärten der Papst und die chinesische Führung mehrfach ihr Interesse an einer Verbesserung der Beziehungen, doch die Volksrepublik hat bislang wenig unternommen, um eine Vertrauensbeziehung zur Kirchenführung in Rom aufzubauen. Sowohl im April als auch im Mai und im November 2006 ließ die staatlich kontrollierte Katholische Patriotische Vereinigung katholische Bischöfe ohne Zustimmung des Vatikans weihen. Dies löste in der katholischen Kirchenführung in Rom erhebliche Verstimmung aus. In den vergangenen Jahren hatte Peking nur Bischöfe weihen lassen, nachdem es zuvor die Zustimmung des Vatikans eingeholt hatte. Im Vorfeld der letzten Bischofsweihe im November 2006 ließen die Behörden zwei Bischöfe am 29. November festnehmen, um sie zu einer Teilnahme an der Bischofsweihe zu zwingen. Einem der Bischöfe gelang jedoch die Flucht (Asia News, 30.11.2006).

## Tiananmen-Massaker bleibt tabu

Fast 18 Jahre nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking, bei dem am 3./4. Juni 1989 mindestens 186 Menschen getötet und mehr als 70 Personen verletzt wurden, bleibt die Bluttat in China noch immer ungesühnt und tabu. Im Jahr 2005 verbüßten noch rund 250 Personen Haftstrafen in Verbindung mit dem Massaker. Inzwischen wurden zwar weitere Personen freigelassen, doch von einer juristischen Aufarbeitung des Massakers und einer Bestrafung der Verantwortlichen will die chinesische Führung nichts wissen. Die Angehörigen der Opfer dürfen noch nicht einmal in Ruhe trauern. Bedrängt von Polizisten müssen sie jedes Jahr vor dem Jahrestag Verfolgung befürchten. Auch wurden sie mehrfach daran gehindert, humanitäre Hilfe aus dem In- und Ausland anzunehmen. Vergeblich forderten sie eine Aufarbeitung des Verbrechens und eine Rehabilitierung der Opfer.

So lange die chinesische Führung nicht bereit ist, endlich die Verantwortlichen des Massakers zu bestrafen und die Opfer zu rehabilitieren, darf das EU-Waffenembargo gegen China auch nicht aufgehoben werden. Natürlich werden in den kommenden Jahren aufgrund der fortgeschrittenen Zeit noch weitere Personen aus der Haft entlassen werden, die in Verbindung mit dem Massaker festgenommen worden waren. Doch dies kann nicht dafür entscheidend sein, ob das Embargo beendet wird. Denn so lange Chinas Führung noch immer nicht das Unrecht einräumt, dass in ihrem Namen begangen wurde, und die Angehörigen der Opfer weiter verfolgt, gibt es keinen Grund, Chinas Führung für ihren Zynismus und Starrsinn auch noch zu belohnen.

## Keine Rechte für Chinas Bürger

Wie schlecht es trotz aller so genannter „Reformen“ im Menschenrechtsbereich um Chinas Demokratie steht, wurde während der Tagung des Nationalen Volkskongresses im März 2007 in Peking deutlich. Mit massiver Gewalt gingen die Sicherheitskräfte gegen Demonstranten vor, die nur von ihrem Recht auf Petition an die Volksvertreter Gebrauch machen wollten, um gegen Unrecht und Menschenrechtsverletzungen zu protestieren. In Peking wurden hunderte Demonstranten verhaftet, Dutzende Menschenrechtler im ganzen Land wurden unter Hausarrest gestellt. Auch in Hunan und Guangdong wurden Demonstrationen gewaltsam von Bereitschaftspolizisten aufgelöst. Bei den Protesten gegen Korruption in Hunan wurden am 10. März 2007 mindestens 60 Demonstranten verletzt, ein Student wurde getötet.

Allein in Schanghai wurden seit dem Jahr 2000 mindestens 100 Menschenrechtler, die Petitionen eingebracht hatten, in Arbeitslager eingewiesen (Human Rights in China, 12.4.2007). Am 12. April wurden in Schanghai bei einem Protest von Personen, die Petitionen eingereicht hatten, mindestens zwei Menschen verhaftet und eine Person verletzt. Bereits am Vortag waren bei einem ähnlichen Protest die 200 Demonstranten zeitweilig festgenommen und von der Polizei gewaltsam in eine Schule transportiert worden, bevor sie einige Stunden später freigelassen wurden. Am 2. Januar 2007 erlag in der Hafenstadt der „Petitions-Steller“ Duan Huimin den Folgen seiner Verletzungen, die ihm nach einer Verhaftung im November 2006 im Polizeigewahrsam zugefügt worden waren (Radio Free Asia, 10.1.2007). Weitere drei Petitions-Steller waren am 18. Dezember 2006 in Schanghai zu Gefängnisstrafen zwischen einem und zweieinhalb Jahren verurteilt worden, weil sie während einer internationalen Konferenz im Juni auf ihre Anliegen aufmerksam gemacht hatten. Alle drei Personen haben wegen ihres Engagements bereits Haftstrafen verbüßt oder sind in Arbeitslager eingewiesen worden (Human Rights in China, 18.12.2006).

## Demokratie in China und Taiwan - Europa misst mit zweierlei Maß

China gilt heute als eine der großen Wirtschaftsnationen der Welt und als Motor des Welthandels. Doch der Handel hat keinen demokratischen Wandel gebracht. Willkürherrschaft und Verweigerung elementarster Bürgerrechte gehören noch heute zum Alltag in der Volksrepublik. Trotz dieser Defizite umwirbt die Europäische Union die Volksrepublik und treibt eine „Strategische Partnerschaft“ mit China voran.

Das benachbarte Taiwan ist auch eine der großen Handelsnationen der Welt und hat eine erstaunliche Demokratie-Entwicklung in den letzten fünfzehn Jahren erlebt. Vom autoritär regierten Land entwickelte es sich zu einer parlamentarischen Demokratie. Doch politisch wird diese Entwicklung von der Europäischen Union nicht honoriert. Unterhielten europäische Demokratien bis Anfang der 70-er Jahre des vergangenen Jahrhunderts noch diplomatische Beziehungen zu dem autoritär geführten Taiwan, so ist die demokratische Inselrepublik heute politisch isolierter denn je zuvor. Treibende Kraft bei dieser sonderbaren Entwicklung ist die Volksrepublik, die ihre „Ein-China-Politik“ zum Leitsatz ihrer internationalen Beziehungen gemacht hat. Verantwortlich ist dafür aber auch die mangelnde Konsequenz Europas bei der Förderung von Demokratie und Menschenrechten in Ostasien.

## Taiwan als Partner Europas

Unter den bedeutendsten Wirtschaftsmächten der Welt steht Taiwan heute an achter Stelle. Tatsächlich hat die Inselrepublik noch mehr Einfluss auf die Entwicklung der Weltwirtschaft, weil taiwanische Unternehmen be-

trächtliche Beteiligungen an Unternehmen in der Volksrepublik besitzen. Taiwanesische Firmen investierten 41,25 Milliarden US-Dollar in der Volksrepublik zwischen den Jahren 1991 und 2004 (Taiwan Yearbook 2005, S. 98). Fast 10 Prozent der Exporte der Volksrepublik wurden nach Schätzungen im Jahr 2005 von Unternehmen abgewickelt, die sich in taiwanesischem Eigentum befinden.

Der Wirtschaftsaustausch zwischen Taiwan und der Europäischen Union nimmt immer mehr zu. Seit dem Jahr 2003 stieg der Handel zwischen beiden um fast 38 Prozent, im Jahr 2006 um 4,7 Prozent und belief sich auf 47,7 Milliarden US-Dollar (Relations between Taiwan and the EU, Taipei Representative Office, Brüssel, Februar 2007). Unter den Handelspartnern der EU in Asien belegt Taiwan damit den vierten Platz. Um der großen Bedeutung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen Rechnung zu tragen, richtete die EU am 10. März 2003 ein Europäisches Wirtschafts- und Handelsbüro in Taiwan ein.

Doch ungeachtet dieser großen wirtschaftlichen Bedeutung wird Taiwan politisch von der EU als „Pariah“ behandelt. So haben sich die EU-Außenminister darauf verständigt, dass den fünf wichtigsten politischen Repräsentanten Taiwans EU-Einreisevisa selbst für private Besuche verweigert werden. Kein Visum bekommen demgemäß der Präsident, Vizepräsident, Ministerpräsident, Außen- und Verteidigungsminister. Obwohl sie eine befreundete Republik repräsentieren und es laut Auskunft der EU-Kommission keinen formellen Beschluss des EU-Rates der Außenminister dazu gibt, dürfen sie nicht in die EU einreisen (Anfragen von EU-Parlamentarier Graham Watson an die EU-Kommission vom 22.3. / 29.3. / 22.10.2001). Damit werden die führenden Vertreter Taiwans schlechter behandelt als Repräsentanten von Befreiungsbewegungen wie der damalige PLO-Vorsitzende Yasser Arafat, der mehrfach in EU-Mitgliedsländern und bei der Europäischen Kommission in Brüssel offiziell empfangen wurde. So konnte der taiwanesischer Präsident Chen Shui-bian einer Einladung des Europaparlaments zu einem Besuch in Brüssel am 26. März 2003 nicht folgen und musste die Reise kurzfristig absagen, weil das belgische Außenministerium ihm ein Visum verweigerte (Taipei Times, 17.3.2003). Begründet wurde die Visa-Entscheidung von dem Ministerium mit dem Hinweis, dass nur China und nicht Taiwan ein von der EU als souverän anerkannter Staat sei (Berliner Morgenpost, 17.3.2003). Die Volksrepublik hatte nachdrücklich gegen die Einladung des Präsidenten protestiert.

Die Liberale Internationale, ein weltweiter Zusammenschluss liberaler Parteien aus 67 Staaten, protestierte auf ihrem 51. Kongress in Ljubljana (26.-28.9.2001) gegen diese Visa-Politik und forderte die EU auf, nicht länger taiwanesischen Politikern Visa für private Reisen in die EU zu verweigern (Presseerklärung ELDR, 26.9.2001).

Seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen China und der Europäischen Gemeinschaft (EG) im Jahr 1975 betonen die Europäer, dass die „Ein-China-Politik“ die Leitlinie ihrer Politik sei. Doch unterhalb der offiziellen Schwelle der Anerkennung als eigener Staat ist seit Anfang dieses Jahrzehnts einige Bewegung in die europäische Taiwan-Politik gekommen. Bezeichnete die EU Taiwan im Jahr 2003 auf ihrer Homepage nur als „separates Zollgebiet“, so hebt man inzwischen in der Präsentation Taiwans hervor, dass die EU eine „bedeutende Wirtschafts- und Handelsbeziehung mit der Insel“ unterhält. Auch bekennt sich die EU inzwischen dazu, dass sie Wissenschafts-, Bildungs- und Kulturbeziehungen zu Taiwan pflegt. In 19 von 27 EU-Mitgliedstaaten hat Taiwan inzwischen Repräsentantenbüros eröffnet, die Botschaften ähneln.

Die bedeutendsten europäischen Institutionen verhalten sich jedoch sehr unterschiedlich in der Taiwan-Frage. Während die EU-Kommission ihr Bekenntnis zur „Ein-China-Politik“ regelmäßig betont und sich vor allem positiv zu Taiwan äußert, wenn die Kontakte zwischen der Volksrepublik und Taiwan intensiviert werden, kommen aus dem Europäischen Parlament sehr viel kritischere Stimmen. Zur Taiwan-Frage hat das Europäische Parlament sich

in Resolutionen am 13.4.2000 und am 7.7.2005 geäußert und eine Androhung militärischer Gewalt gegenüber Taiwan abgelehnt. Nachdrücklich forderte das Parlament China und Taiwan auf, provokative Handlungen zu unterlassen und nach einer Verhandlungslösung zu suchen. Auch engagierten sich die Europa-Abgeordneten in einer am 18. Mai 2006 verabschiedeten Resolution für einen Beraterstatus Taiwans in der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Darüber hinaus sprach sich das Parlament mehrfach im Sinne Taiwans für eine Fortsetzung des EU-Waffenembargos gegen China aus. Mehr als 130 Europaparlamentarier haben sich bislang der 1991 gegründeten Taiwan Freundschaftsgruppe im Europäischen Parlament angeschlossen (EU's Taiwan policy in the light of its China policy, Tang Shaocheng, Asia Europe Journal, 2003, S. 520).

Deutlicher äußert sich die EU in handelspolitischen Fragen zur Taiwan-Frage. So unterstützte die EU zum Leidwesen der Volksrepublik China die Aufnahme Taiwans in die Welthandelsorganisation im Jahr 2002. Auf der Homepage des Auswärtigen Amtes in Deutschland erklärt die Bundesregierung, dass in den Bereichen Wirtschaft und Kultur „traditionell enge und gute Beziehungen zwischen Deutschland und Taiwan“ bestehen. Doch die Grenzen dieser Wirtschaftsbeziehungen wurden deutlich, als im Jahr 2005 der damalige Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement plante, nach Taiwan zu reisen. Der chinesische Botschafter in Berlin, Ma Canrong, wurde daraufhin in dem Ministerium vorstellig und machte Staatssekretär Bernd Pfaffenbach unmissverständlich deutlich, dass allenfalls ein deutscher Staatssekretär Taiwan besuchen dürfe. Berlin beugte sich dem chinesischen Druck (Der Spiegel, 12.2.2005).

Im Deutschen Bundestag ist es vor allem die FDP, die immer wieder mit parlamentarischen Anfragen auf die Taiwan-Frage aufmerksam macht und eine pragmatische Gestaltung der Beziehungen fordert.

## EU schöpft Spielraum in der Taiwan-Frage nicht aus

Die EU hat ein vitales Interesse daran, Stabilität und Frieden in Ostasien und speziell in der Taiwan-Strasse zu fördern. Denn jede militärische Auseinandersetzung in der Region hätte katastrophale Folgen für die Weltwirtschaft und die vom Welthandel abhängigen EU-Staaten sowie für den Weltfrieden und für den Ausbau der Beziehungen der EU zur Volksrepublik China. Als Gemeinschaft von Rechtsstaaten ist die EU auch daran interessiert, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Ostasien und insbesondere in China und Taiwan zu fördern. Taiwan hat sich in den letzten 15 Jahren von einem autoritär geführten Staat zu einer parlamentarischen Demokratie entwickelt. Die EU sollte ein Interesse daran haben, diese Entwicklung weiter zu stärken. Daher sollte sie neben den wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen auch den Ausbau der politischen Beziehungen zu Taiwan nicht vernachlässigen. Denn in Taiwan ist die parlamentarische Demokratie noch sehr jung und vielfältigen Gefährdungen ausgesetzt. Die von der Volksrepublik China betriebene politische Isolierung Taiwans gefährdet langfristig die Demokratisierung der Insel.

Taiwan ist die einzige Demokratie im chinesischen Sprachraum. Dies ist auch ein enormes Potential für die Entwicklung demokratischer Grundwerte in China. Denn fast 3,7 Millionen Taiwanesen besuchten im Jahr 2004 das Festland und berichten bei ihren Besuchen über ihr Leben in einem demokratischen Gemeinwesen.

Selbst wenn die EU an der von der Volksrepublik betriebenen „Ein-China-Politik“ festhält, besitzt sie durchaus noch Spielraum, um ihre Beziehungen zu Taiwan weiter auszubauen. So sollte die EU ihre diskriminierende Visa-Praxis für die wichtigsten Repräsentanten Taiwans aufgeben. Sie steht im Widerspruch zu den demokratischen Grundwerten der Rechtsstaaten in der Europäischen Union. Auch steht sie in keinem angemessenen Verhältnis

zum Umgang mit Vertretern von Freiheitsbewegungen, die auch vor der Anwendung militärischer Gewalt zur Durchsetzung ihrer Forderung nicht zurückschrecken. Im Gegensatz zu diesen Freiheitsbewegungen handelt es sich bei Taiwan um einen befreundeten Staat, mit dem man umfassende Handelsbeziehungen unterhält.

Aus übertriebener Rücksicht gegenüber der Volksrepublik China nutzt die EU nicht ihr politisches Gewicht, um sich für Frieden und Stabilität in Ostasien einzusetzen. Die EU muss sich ihrer weltpolitischen Bedeutung stellen, wenn sie international als politische Kraft ernst genommen werden möchte, und auch die legitimen Sicherheitsinteressen der Anrainerstaaten Chinas berücksichtigen.